

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei **Frapski (C. H. Alric & Co.)**
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn **Th. Spindler**,
Markt- u. Friedhofstr. Ecke 4,
in Grätz bei Herrn **J. Streifand**;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Paube & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hausen & Vogler;
in Berlin:
A. Heilmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Kahl**.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 570.

Dienstag, 5. Dezember

1871.

Amtliches.

Berlin, 4. Dezbr. Se. Maj. der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches die bisherigen General-Konsuln des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich badischen Konsuln Hermann Otto Heinrich Leupold zu Genua und Friedrich Stolte zu Neapel, sowie den bisherigen General-Konsul des Norddeutschen Bundes Christian Franz Appellius zu Livorno zu General-Konsuln, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Hermann v. Bremen zu Ancona, Nikolaus Fiorentino zu Cagliari, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes, Großherzoglich badischen und Großherzoglich sardinischen Konsul Carl Schmitz zu Florenz, den bisherigen Konsul des Norddeutschen Bundes und Großherzoglich badischen Konsul Johann David Mack zu Mailand, die bisherigen Konsuln des Norddeutschen Bundes Silvio Ewald Jaeger zu Messina, Georg Kopp zu Palermo und Wolf von Kunler zu Venedig zu Konsuln, ferner die bisherigen Vize-Konsuln des Norddeutschen Bundes Christian Joseph Schirbach zu Carlsforte, Joseph Peratoner zu Catania, Francesco Morello zu Catania, Friedrich Alexander Marstaller zu Bari, Luigi Marincolo S. Floro del fu Drazio zu Catanzaro, Cavaliere Emmanuele Alcalá zu Pizzo, Nicola Corato zu Tarant, den bisherigen k. preussischen Vize-Konsul Giovanni Ficarratta zu Trapani und den Kaufmann Heinrich Ludwig Kayser zu Girsenti zu Vize-Konsuln des Deutschen Reiches ernannt. Von dem Konsul Fiorentino in Cagliari sind der Kaufmann F. B. Piccinelli zu Alghero, Herr Giuseppe Corda zu Drifano und der Kaufmann Giannuario Schiavio zu Sassari (Porto Torres), und von dem General-Konsul Appellius zu Livorno der Kaufmann Franz Chun zu Livorno dafelbst, der Advokat Giovanni Casini zu Pisa, Herr Pietro Reboa zu Porto-Ferraia (Elba) Cavaliere Lorenzo Sordini zu Porto Santo Stefano, Herr Giuseppe Tori zu Spezia und Dr. jur. Cesare del Prete zu Viareggio zu Konsular-Agenten bestellt worden.

Se. Maj. der Kaiser hat den inzwischen zum General-Lieutenant und Inspekteur der 3. Artillerie-Inspektion beförderten Train-Inspekteur, General-Major Woide, in den Adelsstand erhoben; dem Kammerjunker Grafen Otto v. Dönhoff Freiherr v. Kraft, Majoratsbesitzer auf Krassibog, Kr. Bartenstein, die Kammerherrn-Würde verliehen; dem Rentmeister Hammerichmidt zu Neuzelle den Charakter als Domänen-Rath beigelegt; und dem praktischen Arzt Dr. Schaeffer in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Departements-Thierarzt Richter zu Gumbinnen ist unter Verleihung als solcher nach Königsberg i. Pr. zugleich zum Veterinär-Medizinal-Kollegium der Provinz Preußen ernannt worden. Der seitiger Departements-Thierarzt Kühnert zu Frankfurt a. O. ist in gleicher Eigenschaft in den Regierungsbezirk Gumbinnen versetzt worden.

Der mit der Verwaltung der Landesmeliorations-Bau-Inspektorstelle der Provinz Pommern beauftragte Wasser-Baumeister Schoenwald in Köslin ist zum Königl. Wasser-Bau-Inspektor ernannt worden.

Die Eröffnung der französischen National-Versammlung.

Gestern hat die Eröffnung der französischen Nationalversammlung in Versailles stattgefunden. Der Parteien-Kampf hat also wiederum von der Tribüne Besitz genommen, nachdem er etliche Monate lediglich in der Presse gewüthet. Eine Botschaft seitens des Präsidenten ist nicht erfolgt; dieselbe ist vielmehr nach vorliegenden Telegrammen erst nach geschehener Konstituierung der Versammlung zu erwarten und wird, wie übereinstimmend „Independance“ und „Times“ versichern, weder Fragen der innern noch der äußern Politik berühren. Sie wird sich auf die Mittheilung und Erläuterung der bedeutenderen Gesetzentwürfe beschränken, welche der Kammer harren und auf einen Ueberblick über das Verhalten der Regierung in dem nunmehr beendeten Zwischenraum zwischen den beiden parlamentarischen Sessionen. Dagegen dürfte es sich, der „Independance“ zufolge bestätigen, daß die Verfassungsfragen, die partielle Erneuerung der Kammer, die Einrichtung einer zweiten Kammer die Frage der Vollmachten des Präsidenten u. s. w. von Seiten der Deputierten auf die Tagesordnung gebracht werden würden, theils mit, theils gegen den Wunsch der Regierung. Von den Gesetzentwürfen, welche auf der gestrigen Tagesordnung standen gab die „Opinion nationale“ die folgende Uebersicht:

Budget — Gesetzentwurf, die Handels-Marine und das Regime der Zucker- und Kolonialwaaren betreffend. — Gesetzentwurf zur Erziehung der Mitglieder des Handels-Tribunals. — Gesetzentwurf, die Lage der Iracillen von Alger betreffend. — Die Rekrutierung der Armee (1. Abtheilung). — Gesetz den Transport der Journale durch die französische Post in Frankreich betreffend. — Gesetzentwurf zur Reorganisation des Staatsrathes. — Revision des Gesetzes über die nominativen Titel und die Titel au porteur. — Gesetz über Verfolgung im Paßwesen und über geistliche und gerichtliche Annoncen. — Am Wahlgesetze zu machende Veränderungen. — Herabsetzung der Besoldung gewisser Beamten. — Organisation der öffentlichen Wildthätigkeit auf dem Lande. — Gesetzentwurf über den unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht.

Die beiden Parteien, welche sich wohlgerüstet auf die parlamentarische Arena begeben, die orleanistische und die bonapartistische, scheinen mit allen Kräften eine Entscheidung über die Regierungsform in Frankreich herbeiführen zu wollen. Die Führer der bonapartistischen Partei wollen sich nach den vorliegenden Anzeichen demnächst in Chislehurst versammeln. Die Abreise des Herrn Conti von Ajaccio aus wurde vor einigen Tagen gemeldet, heute theilen pariser Blätter mit, daß auch Herr Rouher einen Paß nach England fordert und erhalten habe, angeblich um dem Kaiser über die Liquidation der Zivilliste Rechnung zu legen. Auch die Kaiserin, welche bekanntlich in Spanien verweilt, dürfte, Madrider Nachrichten zufolge, demnächst die Reise nach England antreten. Unter der Bevölkerung, insbesondere der pariser Bürgerschaft, scheint die bonapartistische Agitation nicht ohne Chancen zu sein. Pariser Berichte der „Köln. Z.“ kommen wiederholt darauf zurück, daß namentlich die Mittelklassen der dortigen Wohnbevölkerung sich sehr nach den Gesichtspunkten des zweiten Kaiserreichs zurückziehen, und zwar seien es besonders die neuen Steuern,

welche bei den weniger bemittelten Klassen die Regierung unpopulär machen. Das Gefühl der Unsicherheit der Lage trage ebenfalls nicht wenig dazu bei, den Wunsch nach einem Zustand der Dinge rege zu erhalten, in welchem man vor Ueberraschungen und Zufälligkeiten gesichert sei. Verschiedenen Journalen ist ein unter diesen Umständen beachtenswerthes Regierungs-Communiqué zugegangen, welches die Vorbereitung eines Gesetzesgebungsaktes gegen die Familie Bonaparte in Abrede stellt.

Die orleanistische Partei scheint nicht minder energisch zur Aktion übergehen zu wollen. Ein Vorfall, der sich am 2. Dezember n. Versaillais ereignete, läßt die Möglichkeit zu, daß es zum offenen Bruch zwischen den Orleanisten und dem Präsidenten der Republik kommen werde. Der Herzog von Aumale, dessen Freunde die letzten Wochen dazu benutzt haben, um im Dife-Departement von 37,000 Wählern eine Petition unterzeichnen zu lassen, worin der Herzog gebeten wird, seinen Sitz in der National-Versammlung einzunehmen, begab sich an jenem Tage zum Präsidenten der Republik, um ihm von dieser Petition Kenntniß zu geben und von ihm zu verlangen, daß er es gestatte, daß er in Zukunft seinen Sitz in der National-Versammlung einnehme. Thiers ging aber auf das Verlangen des Herzogs nicht ein und stützte seine Weigerung darauf, daß er nur unter der Bedingung, daß die beiden Prinzen (Aumale und Joinville) der Versammlung fern blieben, seine Zustimmung zur Aufhebung der Verbannungsgeetze gegeben habe. Der Herzog verließ in höchst erregter Stimmung den Präsidenten der Republik und sandte sofort ein Schreiben an den Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Grévy, worin er seine Entlassung einreichte. Er will sich wieder vor den Wählern präsentieren, um dann seinen Sitz in der Versammlung auch ohne die Ermächtigung des Herrn Thiers einnehmen zu können. Daß der Herzog von Aumale im Dife-Departement mit großer Majorität wiedergewählt werden wird, ist sicher.

Es wird, wenn die Zeichen nicht trügen, heiße Kämpfe in der Nationalversammlung geben, deren Dimension noch gar nicht zu übersehen ist. Die Stimmung in Frankreich ist schwül und unentschieden und bietet zu wenige Symptome, als daß man daran erkennen sollte, wohin das französische Staatschiff segelt. Das Organ der national-liberalen Partei in Berlin äußert sich darüber anlässlich der Parlaments-eröffnung wie folgt:

Unter anderen Umständen pflegt das Auseinanderplagen der Gesetze in der parlamentarischen Debatte wie ein sich entladender Gewitterschlag die politische Atmosphäre zu klären; eine solche Wirkung steht aber von der Wiederaufnahme der parlamentarischen Debatten in Frankreich nicht zu erwarten. Wir erinnern in dieser Beziehung daran, daß die französische Nationalversammlung durch ihre bisherigen Verhandlungen kaum dazu beigetragen hat, die öffentliche Meinung in Frankreich über das, was dem Lande frommt, zu klären, daß durch dieselben die Ansichten nur noch mehr verwirrt worden sind. Nach der Volkskraft, mit welcher Herr Thiers die Präsidentenschaft übernahm und die Mitglieder der Nationalversammlung nach Hause entließ, sollten diese die Zeit der Parlamentsvertretung dazu benutzen, um mit der Stimmung ihrer Wählerschaften sich ins Einverständniß zu setzen, damit sie gestärkt durch die neu gewonnene Uebereinstimmung mit ihren Wählern in der Lage wären, Frankreichs Geschicke in heilsbringende Bahnen zu leiten. So viel bekannt geworden, hat sich aber keine der Parteien, welche in der Nationalversammlung vertreten sind, durch diese Prüfung ihrer Bestrebungen an den Anschauungen und Forderungen der Nation zu einer Aenderung ihres Programmes bewegen gefunden. Es ist daraus wohl der Schluß zu ziehen, daß die Ansichten der französischen Nation über die Neugestaltung ihres Staatswesens sich noch immer in einer trüben Gährung befinden und daß also auch die Nationalversammlung nicht in der Lage sein wird, einem klaren Gedanken darüber Ausdruck zu geben.

Deutschland.

△ **Berlin, 4. Dez.** Von Wien aus wird die Nachricht verbreitet, das dortige Kabinet erwarte in nächster Zeit eine Mittheilung des berliner auswärtigen Amtes auf das Deutsche Memorandum in Bezug auf die Internationale. Man muß dahingestellt sein lassen, wie weit diese Erwartung gerechtfertigt ist; wenn aber hinzugefügt wird, ein reiches Material zur Kenntniß der österreichischen sozialen Zustände liege bereits seit Monaten in Berlin, so entspricht das nach meinen Informationen aus guter Quelle nicht den Thatsachen. So viel man hier weiß, hat das Memorandum des Grafen Beust nur den Zweck gehabt, zunächst die zur Erörterung bestimmten Fragen überhaupt zu begrenzen und prinzipiell zu fassen, von dem gedachten umfassenden Material ist hierorts nichts bekannt geworden. In jüngster Zeit ist bei Besprechung der sozialen Zustände unserer Hauptstadt auch die Frage angeregt worden, ob nicht durch die gesetzlich zulässige vorläufige Entlassung von Strafgefangenen Berlin auch Elemente zugeführt würden, welche für die Sicherheit der Hauptstadt gefahrbringend seien. In der That sind auch bereits Anträge auf vorläufige Entlassung vom Justizminister zurückgewiesen worden. Der Minister des Innern hat nun durch eine Verfügung sämtliche Regierungen, in deren Bezirk sich Strafanstalten befinden, in Bezug auf diese Frage sehr bestimmte und verschärfte Vorschriften ertheilt. Es wird in dieser Verfügung betont, daß die vorläufige Haftentlassung nach ihrer gesetzlichen Bestimmung als eine bloße Vergünstigung anzusehen sei, deren der Gefangene nur unter besonderen Umständen theilhaftig gemacht werden dürfe. Daß drei Viertel der Strafszeit verfloßen seien und der Gefangene sich während derselben ordnungsmäßig geführt habe, sei an und für sich als Grund zur Befürwortung einer vorzeitigen Entlassung niemals anzusehen. Die Strafanstalts-

Direktionen hätten vielmehr neben der Führung des Gefangenen während der Dauer der Haft auch alle sonst zur Beurtheilung seiner Individualität dienenden Momente in Betracht zu ziehen und die Entlassung nur dann in Antrag zu bringen, wenn in Berücksichtigung aller dieser speziell zu erörternden Momente sich für sie die bestimmte Ueberzeugung ergebe, daß der Gefangene in der That als gebessert und einer ausnahmsweisen Berücksichtigung für würdig angesehen werden könne. Eine besonders strenge Prüfung sei schon im Interesse der öffentlichen Sicherheit bezüglich der vorläufigen Entlassung rückfälliger Verbrecher gegen das Eigenthum erforderlich. Schließlich wird die strengste Beobachtung dieser Grundsätze empfohlen und gleichzeitig den Regierungen eine spezielle Kontrolle über dieses Verfahren zur Pflicht gemacht. — Der General-Postdirektor Stephan hat gestern seine Reise nach Paris zu Verhandlungen über den Abschluß eines Postvertrages angetreten. Die Verzögerung, welche bis jetzt hinsichtlich der Verhandlungen stattfand, wurde durch die Verschiedenheit der Prinzipien hervorgerufen. Obwohl Frankreich nichts gegen die Gemeinsamkeit der Einnahmen und Theilung derselben hatte, so beanspruchte es aber einen entschieden größeren Antheil. Es proponirte für die Beförderung der Briefe ein Porto von 40 Centimes und verlangte für seinen Antheil 25 Cent., während Deutschland nur 15 Cent. erhalten sollte. Es motivirte diese Forderung dadurch, daß seine Finanzlage eine nach allen Seiten hin erhöhte Einnahme verlange. Wenn man die Befürwortung dieser Begründung nicht entgegenzusetzen konnte, so wies man doch die Proposition zurück, weil die Erhöhung der französischen Staatseinnahmen doch nicht auf Kosten Deutschlands geschehen dürfe. Es wurde daher erklärt, daß, wenn nicht eine andere Basis für die Verhandlungen gefunden würde, vom 1. Januar ab die für Frankreich bestimmte Post bis zur Grenze geschafft werden würde, wo dann der französische Postverwaltung die Weiterbeförderung nach ihrem Ermessen überlassen bleibe. Hierauf wurde von französischer Seite der Vorschlag gemacht, das Prinzip der gemeinsamen Einnahme und Theilung fallen zu lassen, dagegen jedem Lande seine Einnahme zuzuwenden. Hierauf ging man deutscherseits ein, da statisch feststeht, daß die Zahl abgeandter und empfangener Briefe zwischen zwei Ländern im Großen und Ganzen dieselbe ist. Hieran knüpfte sich das Verlangen Frankreichs, die von dort abgeandten Briefe mit einem Porto von 40 Cent. zu belegen. Deutscherseits wurde das Porto auf 3 Sgr. bemessen. — Frankreichs höherer Satz kann bei uns kein Bedenken hervorrufen, weil dadurch nur französische Bürger höher belastet werden. Auf Grund dieser Proposition beginnen jetzt die Verhandlungen. Weitere Abmachungen haben noch nicht stattgefunden. Nur in Betreff der unfrankirten Briefe ist festgesetzt, daß in Frankreich für dieselben 60 Cent. und in Deutschland 5 Sgr. erhoben werden sollen. Ueber die Versendung von Drucksachen, Waarenproben, Zeitungen u. dgl., sind Grundzüge ebenso wenig, wie für einen geschlossenen Transitverkehr bestimmt. Sollten Frankreichs Bedingungen für den geschlossenen Transit nicht annehmbar sein, so würde weiter nichts übrig bleiben, als das Porto für die durch Deutschland durchgehenden Briefe um das Porto bis zu dem Adressaate zu erhöhen, was andererseits Frankreich für die dort durchgehenden deutschen Briefe ebenfalls beansprucht würde.

○ **Berlin, 4. Dezember.** Aus der Ueberfülle von Gesetzesvorlagen, die dem Landtage zugehen werden, schließen nicht Wenige, die bevorstehende Session werde außerordentlich ergiebig sein. Die so Reflektirenden sind durch die Erfahrungen der letzten Jahre wenig gewizigt worden. Angenommen, die angekündigten Entwürfe kommen wirklich an die Kammer, was noch keineswegs feststeht, so treten die preussischen Abgeordneten in ihre legislatorischen Geschäfte genau unter denselben Verhältnissen, die vor Jahren jede erfolgreiche Thätigkeit unmöglich machten. So sind, um ein Beispiel anzuführen, die Herren von Mähler und Graf zu Eulenburg noch immer im Amt und selbstredend verfolgen sie als politische Männer genau dieselben Ideen, welche vordem niedergelegt waren in den Entwürfen der Kreisordnung und des Schulgesetzes. Die Folge davon ist, daß beide hauptsächlichsten Vorlagen nicht der Art modifiziert sein können, um den Beifall der Abgeordneten zu finden, die in ihrer Majorität sich ebenfalls nicht verändert haben. Man klagte lange Zeit über den Stillstand der Gesetzgebung in Preußen; aber werden diese Klagen jetzt verstummen? So wahr ganz gewiß nicht, als die alten Ursachen fortbestehen, welche die alten bekannten Wirkungen haben werden. Wenn freilich, was wir aber nicht glauben mögen, die Koalitionspolitik des deutschen Reichstags auf die preussischen Abgeordneten übergeht, dann hört allerdings jedes politische Kalkül auf. Indef die inneren Verhältnisse des preussischen Abgeordnetenhauses sind anders als die des Reichsparlaments, und namentlich lebt in ersteren mehr Selbstbewußtsein. Sie werden an dem festhalten, was sie für recht und gut erkannt haben, und was sie dafür halten, das ist nicht recht und gut nach den politischen Ueberzeugungen der Minister von Eulenburg und von Mähler. Mit andern Worten: Es liegt sich das eine wie das andere Gesetz vereinbaren, mit dem jetzt fungirenden nicht.

BAC. **Berlin, den 4. Dezember** [Noch einmal der Reichstags. Auflösung des Staatschaks. Oberrechnungskammer.] Der Schluß des Reichstags ist am 1. Dezember so unerwartet erfolgt, daß die Mitglieder davon allgemein überrascht worden sind; nur wenige Abgeordnete hatten im Laufe der Sitzung zufällig Kenntniß davon erlangt, daß der Präsident des Bundeskanzler-Amtes, Staatsminister Delbrück, die allerhöchste Ermächtigung zum Schluß der Session nach der Genehmigung des Etatsgesetzes aus der Tasche ziehen, den Reichstag schließen und ihn dadurch die Gelegenheit abschneiden würde, den Rest seiner Tagesordnung zu erledigen, ja

auch nur die am Schlusse einer Session herkömmlichen Höflichkeitssorten zu erfüllen. Es war vielmehr die Meinung allgemein verbreitet gewesen, daß der Reichstag am Sonnabend (2. Dezember) noch eine Sitzung würde abhalten müssen und in der That, wenn das Haus nicht so abgespannt, wie dies immer nach Debatten über große Fragen zu sein pflegt, gewesen wäre, so würde schon, um rechnungsmäßig die Ziffern richtig zu stellen, der Etat erst am nächsten Tage haben berathen werden können. Es wird denjenigen, welche die stenographischen Berichte lesen, auffallen, wieviel in den Ziffern des Etats vom Präsidenten hat berichtigt werden müssen; dem Hause hat gar nicht ein in den Ziffern berichteter Etat bei seiner Abstimmung gedruckt vorgelegen, sondern die Abstimmung ist nur auf Grund der mündlichen Berichtigung der fehlerhaften Ziffern durch den Präsidenten erfolgt. Es verdient, damit sich eine Wiederholung dessen in Zukunft nicht erigne, konstatiert zu werden, daß der Präsident Simon selber durch die Verlesung der Allerhöchsten Ermächtigung wegen des Schlusses der Session überrascht worden ist; es wäre wohl ziemlicher gewesen, wenn dem Präsidenten des Reichstages im Laufe der Sitzung eine Benachrichtigung darüber zugegangen wäre, daß nach der Annahme des Etatgesetzes der Schluß der Session erfolgen werde. Der Präsident hätte dann seinerseits dem Hause in passender Form von dieser Absicht Kenntniß geben können. Außer in der Konfliktzeit ist eine solche Behandlung einer parlamentarischen Körperschaft bei uns noch gar nicht vorgekommen. — Die Ausschüttung des Staatsschatzes soll möglichst beschleunigt werden; schon heute steht die Vorlage wegen Auflösung des Staatsschatzes auf der Tagesordnung der Finanzkommission, welche damit vermuthlich in einer Sitzung fertig werden wird, so daß die Berathung im Plenum einen der ersten Gegenstände der Tagesordnung bilden wird. Freilich würde die Ausschüttung des Staatsschatzes eigentlich zu einem Gesamt-Tableau der Finanzverwaltung und etwaiger Finanzreformen gehören; die Regierung hat jedoch jeden größeren und weiteren Gesichtskreis von vornherein ausgeschlossen und es ist der Weg der Einzelberathung eingeschlagen worden. Speziell in Bezug auf den Staatsschatz läßt sich allerdings der Gedanke nicht unterdrücken, daß es angezeigt erscheint, seinen Inhalt für die Tilgung von Staatsschulden zu verwenden, da ja die Auffüllung desselben seiner Zeit zur Aufnahme einer Anleihe geführt hat. Außerdem liegt für das Abgeordnetenhaus ein starker Antriebs vor dieses Gesetz so schnell wie möglich zu erledigen, weil der Staatsschatz nicht bloß eine finanzielle, sondern auch eine institutionelle Bedeutung hat und die Aufhebung dieser Einrichtung ebensoviel einer guten Finanzwirtschaft, wie der Durchführung der parlamentarischen Kontrolle über die Finanzverwaltung sehr förderlich ist; denn der preussische Staatsschatz, welcher jetzt aufgehoben werden soll, ist mit viel weitergehenden Ansprüchen ausgestattet, als sie bei der Errichtung des Reichskriegsschatzes zugestanden worden sind; der preussische Staatsschatz war mit den konstitutionellen Rechten der Volksvertretung viel weniger verträglich. Wenn nun auch aus vielfachen Rücksichten dieses Gesetz vermuthlich sehr schnell vereinbart werden wird, so ist dadurch doch nicht ausgeschlossen, daß nicht vom Abgeordnetenhaus die Anregung zu größeren Finanzreformen und namentlich zu größeren Steuerermäßigungen gegeben werden sollte; in dieser Beziehung ist besonders daran zu erinnern, daß noch 11½ Millionen Thaler aus der Rückzahlung der Steuercredite zu erwarten sind. Sollte also für das nächste Finanzjahr 1872 die Verwendung eines bestimmten Kapitals nothwendig sein, um die Finanz- und Steuer-Reform zu unterstützen, für welche erst das übernächste Jahr (1873) die Mittel in Aussicht stellt, so würden doch diese Gelder immer noch zu solchen Zwecken bereit stehen. Insofern ist also die schnelle Erledigung des Gesetzes über die Auflösung des Staatsschatzes nicht präjudizierend; zu bedauern jedoch bleibt immer, daß die Regierung den Weg einzelner Maßregeln eingeschlagen und ihren Vorlagen keinen leitenden Reformgedanken zu Grunde gelegt hat. — Für das Gesetz über die Oberrechnungskammer hatte die Regierung allerdings von vornherein die Ueberweisung an eine Kommission vorgeschlagen; das Abgeordnetenhaus hat es jedoch abgelehnt, diesem Vorschlag sofort zu entsprechen, da es zuvor erst die Vorlage gedruckt vor sich sehen will. Bis jetzt, wo wir dieses schreiben, ist die Ausgabe der betreffenden Nummer der Druckfachen noch nicht erfolgt. Die Behandlung der Angelegenheit erleidet einen Aufschub von mehreren Tagen, da über die geschäftliche Behandlung nicht vor der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses, vermuthlich also nicht vor Mittwoch, wird entschieden werden können. Es handelt sich hierbei jedoch um mehr als um eine bloße Formfrage. Diefem Gesetze, welches an Wichtigkeit keiner andern Vorlage der Session nachsteht und welches bestimmt ist, die lebendige Ausfüllung eines bis jetzt bloß als Rahmen vorhandenen Verfassungsartikels zu werden, wird aus Regierungskreisen zwar im Voraus nachgerühmt, daß es die Forderungen der gewissenhaftesten parlamentarischen Kontrolle befriedigen werde; ehe jedoch für oder gegen ein Urtheil abgegeben werden kann, muß man den Wortlaut der Vorlage kennen und es wird deshalb wohl in Frage kommen, ob es nicht rathsam sei, das Gesetz zunächst im Plenum einer Vorberathung zu unterziehen; dasselbe muß seiner Natur nach zusammengefaßt sein aus großen Grundrissen und vielen ins Einzelne gehenden Vorschriften. Die letzteren können selbstverständlich nur von einer Kommission gründlich berathen werden; über die großen Grundriss aber ist es rathsam, zunächst in öffentlicher Verhandlung die Ansichten des Hauses einigermaßen zum Ausdruck zu bringen. Falls die leitenden Grundriss nämlich nicht, wie bis jetzt dem Gesetze nachgerühmt wird, allen konstitutionellen Anforderungen entsprechen, so wird es gerade bei diesem Gesetze mehr als bei irgend einem andern angezeigt sein, vor der Verweisung an eine Kommission eine Generaldebatte im Plenum zu führen und so die wichtige Wahl der Kommissionsmitglieder, wie die Grundlagen der Verhandlung in der Kommission würdig vorzubereiten.

— Prinz Friedrich Karl ist gestern Abend nach Petersburg abgereist, begleitet vom Prinzen August von Württemberg und den Generalen v. Alvensleben, v. Werder und v. Bubirsky.

— Die Aufregung, welche das französische Verfahren angesichts der mit kaltem Blut und Vorsatz begangenen Mordthaten gegen deutsche Soldaten hervorgerufen hat, ist noch keineswegs beruhigt. Der Eindruck wäre noch lebhafter, herrschte nicht die Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung für die französischen Schandthaten und das tief verletzte Rechtsgedächtniß Remedur schaffen werde. Wie aus Nancy gemeldet wird, (S. das heutige Morgenbl.) ist nun auch im Bereich der von der Okkupationsarmee besetzten Bezirke der Belagerungszustand proklamiert worden und auf Grund dessen sind einem der „Köln. Ztg.“ aus Paris zugegangenen Telegramme zufolge, zwei Franzosen, welche eine deutsche Schildwache ermordet, bei Epervan bereits standrechtlich erschossen worden. Wie der „Schlef. Z.“ offiziell geschrieben

wird, hat man auf bestimmte Indizien hin den Eindruck, daß, wenn jene Vorgänge sich wiederholen sollten, eine Wiederbesetzung der geräumten Gebiete stattfinden werde; ist diese Auffassung richtig, so wird sie vorkommenden Falls auch der französischen Regierung wohl nicht verborgen bleiben. Ohne Zweifel wird auch die völkerrechtliche Frage aufgeworfen und auf den ersten Anblick zu Gunsten Deutschlands zu lösen sein, daß wenn eine Mordthat gegen deutsche Truppen begangen wird, die deutsche Regierung berechtigt ist, die Auslieferung des Mörders zu verlangen.

— Die Uebersicht über die Arbeiten der letzten Reichstags-session, deren Vortrag dem Präsidenten Dr. Simon durch den plötzlichen Schluß der Session unmöglich gemacht wurde, lautet:

Es sind dem Reichstage seitens des Bundespräsidiums im Ganzen 27 Vorlagen gemacht worden, und zwar 23 Gesetzesentwürfe, 2 Verträge und 2 anderweitige Vorlagen, welche sämmtlich durch die Beschlüsse des Reichstages erledigt worden sind resp. die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten haben. Von den Mitgliedern des Reichstages sind 5 selbständige Anträge und 9 Interpellationen gestellt worden. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 367. Davon sind: 19 dem Reichstanzler überwiesen, 60 durch die überbezügliche Gesetzesentwürfe und Anträge gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt; 140 zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet; 2 von den Petenten wieder zurückgezogen und 117 wegen Schlusses der Session unerledigt geblieben. Von den Kommissionen und Abtheilungen sind im Ganzen 21 schriftliche und 8 mündliche Berichte erstattet worden. Bei den Wahlprüfungen wurden 14 Wahlen für gültig und 3 Wahlen für ungültig erklärt, 2 Wahlen sind ungeprüft geblieben. 6 Mandate sind zur Zeit erledigt. Der Reichstag hielt 36 Plenarsitzungen. Die Kommissionen und Abtheilungen haben zusammen 116 Sitzungen gehalten.

— In Betreff der Münzreform wird der „Ztg. f. Norddeutschland“ von hier berichtet:

„Man nimmt an, daß die Ausprägung der Reichsgoldmünzen in etwa 3 Wochen beginnen kann. Bis dahin werden die Stempel wohl geschnitten und alle sonstigen Vorbereitungen getroffen sein. Einweilen ist ein Vorrath von ungefähr 70 Millionen Thalern in Gold zur Ausmünzung bestimmt. Allmonatlich werden, wie man denkt, aus den vorhandenen neun Münzstätten für 10 bis 12 Millionen Thaler Goldmünzen hervorgehen, so daß jener Metallvorrath der Reichskasse bis um die Mitte nächsten Jahres erschöpft wäre, wo dann weitere Noten der französischen Kriegs-Kontribution ihn zu ergänzen und die Goldausprägung zu nähren hätten. Eigentliche Reichsmünzen mit dem Bilde des Kaisers als solchen, nicht des Königs von Preußen, werden vielsagender Weise nur aus der Strassburger Münze hervorgehen, auf deren Verwendbarkeit Ludwig Vamberger im Reichstage hingewiesen hat. Außerdem aber wird in Hamburg lebhaft gewünscht, daß das Reich dort eine große Münzstätte errichte, was auch unter der Voraussetzung späterer Freigabe des Prägenlaffens für Privatrechnung gewiß sehr zweckmäßig und zugleich geeignet wäre, die Hamburger mit der Verrückung ihrer eigenthümlichen Mark Banco-Einrichtung zu versöhnen. Die Einziehung des groben Silber-Courants wird vielleicht etwas länger auf sich warten lassen als die Ausgabe von Goldmünzen. Welch ein Gewinn es aber ist, daß ihre Kosten auf die Reichskasse übernommen worden sind, ergibt die nabegelegende Betrachtung, daß die betreffenden Noten sonst von den verschiedenen Landtagen einzeln erst bewilligt werden müßten. Man schlägt die Gesamtausgabe für diesen Zweck nunmehr auf rund fünf Millionen Thaler an, bei nur 200 Millionen Thaler Einziehung. Um unter diesen Umständen den neuen Goldmünzen Raum zu schaffen und ihrer Wiedereinführung vorzugeben, wird die Regierung ihren Einfluß auf die Preussische Bank dahin benutzen müssen, daß sie den Umlauf der kleineren Noten von 10 und 25 Thalern thunlichst einschränkt, abgesehen von der selbstverständlichen thunlichen Zurückhaltung der Ein- und Fünf-Thaler-Kassenscheine in allen Staatskassen.“

— Seitens der Reichsregierung steht, wie verlautet, eine offiziöse Rundreise zu erwarten, welche der Befriedigung über das Rundschreiben des neuen österreichischen Reichskanzlers Grafen Andrássy Ausdruck giebt und die Depeche in zuvorkommendster und herzlichster Weise begrüßt. Diefelbe wird bezeichnet als ein Anzeichen der Befestigung des Vertrauens, daß Deutschland und Oesterreich mit einander Hand in Hand gehen werden.

— Zu der Nachricht der „N. Fr. Presse“, daß die „Internationale“ zu London die Absicht habe, in Schlesien eine allgemeine Arbeitseinstellung der Bergleute zu veranlassen, bemerkt die „Schlef. Z.“: „So überraschend auch diese Nachricht nach den Erfahrungen sein konnte, welche bezüglich des letzten Streikes der Bergleute im niederschlesischen Kohlenrevier gemacht worden sind, so ist dieselbe doch, was die Absicht der „Internationalen“ betrifft, vollkommen begründet, wie wir auf Grund sehr zuverlässiger Mittheilungen erklären können. Ob die Absicht der „Internationalen“ auch ihre Verwirklichung findet, ist eine andere Frage. Bis jetzt haben wenigstens in dem Waldenburger Distrikt keine Versammlungen der Arbeiter, als Anzeichen eines in der Vorbereitung begriffenen Streikes, stattgefunden. Ohne solche Vorbereitung würde sich aber eine derartige Bewegung, von der alle Kohlenreviere Schlesiens bedroht werden sollen, nicht durchführen lassen. Es wird uns außerdem mitgetheilt, daß sich unter den Bergarbeitern Niederschlesiens gegenwärtig ein rühmliches Entgegenkommen bemerken läßt, wozu wohl auch der Umstand beitragen mag, daß die Durchschnittslöhne seit 1869 ganz erheblich gestiegen sind, so z. B. auf einer der bedeutendsten Gruben für die Häuer von 23½ Sgr. auf 28½ Sgr. Ein Grund zur Unzufriedenheit dürfte also kaum vorhanden sein. Auch der viel zahlreichere Beitritt zum Niederschlesischen Knappschaftsverein läßt darauf schließen, daß jetzt eine andere Stimmung herrscht, als sich namentlich im Sommer 1869 zur Zeit der Vorbereitung jener sehr bedauerlichen Arbeitseinstellung kundgab, die den irrgeliteten Bergleuten so schwere Nachteile bereitete hat.“

Leipzig, 1. Dez. Die Sozialdemokraten Bebel, Liebknecht und Heyner zu Leipzig wurden, wie schon früher mitgeteilt worden, auf staatsanwaltliche Antrags von der Anklagammer des k. Bezirksgerichts zu Leipzig wegen Vorbereitung des Hochverrats vor das Geschworenengericht verwiesen. Hiergegen ergriffen dieselben das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde, weil das ihnen Beigemessene das Verbrechen der Hochverrats-Vorbereitung nicht ausmache und überhaupt nicht unter das Strafgesetz falle. Das Oberappellationsgericht zu Dresden hat aber die desfallsige Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet verworfen, und der schmerzlichen Verhandlung ist in dem ersten Quartal des Jahres 1872 entgegenzusehen.

Köln, 1. Dez. Das „Fr. Z.“ berichtet: Nachrichten aus Köln zufolge würde in Kürze abermals eine Konferenz der preussischen Bischöfe in unserer Stadt zu erwarten sein. Der Erzbischof von Köln soll ein deshalbiges Zirkular an seine preussischen Kollegen gerichtet und darin die Nothwendigkeit eines ferneren gemeinsamen Vorgehens betont haben.

Oesterreich.

Wien, 2. Dez. Das Ministerium Auerberg hat bereits eine Vorlage ausgearbeitet, welche darauf berechnet ist, den ewigen Sessionen oppositioneller Reichsraths-Abgeordneter einen Niesel vorzuschicken. Wie die „Presse“ nämlich erfährt, wird sich unter den ersten Vorlagen des Kabinetts an den Reichsrath eine Novelle zum Notwahlgesetz aus dem Jahre 1869 befinden, deren Kardinalpunkt sich in Folgendem zusammenfassen läßt: „Wird ein Abgeordneter gewählt und erscheint er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von vierzehn Tagen im Reichsrathe, so ist er seines Mandats verlustig und es wird sein Hintermann als Abgeordneter in den Reichsrath einberufen, d. h. der-

jenige Kandidat, der bei der Wahl die nächstmeisten Stimmen erhalten hat.“

Was die Verhandlungen mit den Polen betrifft, so sind dieselben neuerlich doch bis zur Reichstagsession vertagt worden. Die Polen werden unter allen Umständen im Reichsrath erscheinen und dort ihre Sache vertreten. Dr. Zybkiewicz ist wieder nach Krakau abgereist, so daß sich von maßgebenden polnischen Persönlichkeiten nur Graf Goluchowski in Wien befindet. Graf Goluchowski bleibt auf seinem Posten, und damit liefert er die beste Gewähr, daß die Polen in den Reichsrath kommen. Ueber die Beweggründe, welche den Fürsten Auerberg veranlaßten, die Verhandlungen mit dem Grafen Wodzicki abzubrechen, bringt auch der „Pester Lloyd“ noch einige Details, die besagen, daß die Polen nichts weniger verlangten, als daß ihr Minister jeder Solidarität mit dem Kabinete entbunden sei so weit, daß er nicht einmal Akte des Gesamt-Ministeriums unterzeichne. Diese Proposition erschien dem Monarchen wie dem Kabinete unannehmbar. Einen diametralen Gegensatz zu diesem Postulate bildete das andere polnische Postulat, daß das ganze Kabinete sich solidarisch zur Einbringung und Vertretung einer galizischen Vorlage im Reichsrathe verpflichte. Dort die Ablehnung jeder, selbst gesetzlich geforderter Solidarität, hier die Forderung, welche eben in einer parlamentarisch nicht sprechreifen, daher der Initiative einer parlamentarischen Regierung entrichteten Frage — dies konnte weder der Monarch noch das Kabinete akzeptieren. — Nach den Mittheilungen eines lemberger polnischen Organs ist Grocholski aus Antipathie gegen Kaiser zu rückgetreten und Goluchowski, der schon 1860 mit Kaiser einen persönlichen Konflikt hatte, gedankt von dem Posten als Oberst-Landmarschall zurückzutreten, wenn nicht bald ein Nachfolger Grocholskis ernannt werde. „Was die Demission Goluchowskis anlangt — schreibt ein lemberger Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ — so würde man sie hier in Lemberg aufnehmen, wie in Berlin die des Kultusminister Müllers. Die Analogie besteht darin, daß der lemberger Landmarschall stets bei allen öffentlichen Angelegenheiten sich von seiner Aeltheit, die Jadwiga heißt, Informationen holt und danach zu Werke geht. „Fran Jadwiga soll ihre Demission als Oberst-Landmarschall eingereicht haben“ sagte ein Witzling dieser Tage. — Charakteristisch für die lemberger Polen ist es, daß sie sogar den alten Weidinger plündern, wo es gilt, einen deutschen Beamten aus noch irgend einem behördlichen Schlupfwinkel hinauszujagen. Der Regierungsrath H. — er dichtete man sich in ultra-nationalen Zirkeln — befragte den Postoffizial W., ob er schon Polnisch verstehe und spreche. „O ja“, soll nun des Letzteren Antwort gelautet haben, „ich spreche schon, aber mit meinem Hunde.“ Und nun die fingierte Entrüstung ob des Attentates, das angeblich an der polnischen Herrlichkeit muthwillig verübt wurde, um für das Geschrei: „Hinaus mit dem Deutschen!“ einen scheinbaren Grund anzugeben!...

Frankreich.

Obgleich in Paris im Allgemeinen die Freisprechung des Mörders des deutschen Soldaten Denmüller nicht gebilligt wurde, so hatte doch kein einziges Blatt der Hauptstadt den Muth, das Urtheil des pariser Hofes zu tadeln. Eine Ausnahme macht nur der „Soir“, der unter der Unterschrift seines militärischen Mitarbeiters, Wächter, der zugleich die Freisprechung der 18 Landwirthe in Versailles bespricht, sich darüber folgender Maßen ausdrückt:

Man möge sich in Acht nehmen; wir spielen ein gefährliches Spiel und wir könnten diese Gellüste zur Hevoste theuer bezahlen. Hassen wir doch als Männer von Herz; der Haß entzündet uns aber nicht davon, gerecht zu sein, und es wäre würdiger gewesen, sowohl den Mörder eines Soldaten ohne Vertheidigung, als die Lieferanten des Feindes zu verurtheilen.

Der Kriegs-Minister hat an die Generale folgendes Schreiben gerichtet, das die Korrespondenz französischer Offiziere mit fremden Regierungen betrifft:

General! Man thut mir mit, daß der Kriegs-Minister in Berlin häufig von französischen Offizieren, die in Deutschland gefangen waren, Briefe erhält, worin ihn dieselben um ein Zertifikat bitten, daß sie ihr Ehrenwort nicht gebrochen haben, wenn sie sich durch die Flucht retteten oder wieder Dienste in der französischen Armee nahmen. Ich bitte Sie, den Militärs, die unter Ihren Befehlen stehen, ins Gedächtnis zu rufen, daß ihnen jeder direkte Briefwechsel mit einer fremden Regierung untersagt ist, und daß alle Kommunikationen dieser Art, die sie etwa zu machen hätten, durch Sie, General, an mich adressiert werden müssen, um dann auf diplomatischem Wege an ihre Bestimmung zu gelangen. Segen Sie übrigens die Militärs in Kenntniß, daß für die Zukunft alle Gesuche, die nicht auf dem eben angegebenen Wege zugehend würden, unbeantwortet bleiben werden. Genehmigen Sie u. Der Kriegs-Minister, General de Cissey.

Graf Beust wurde von Hrn. Thiers sehr freundschaftlich empfangen und es soll zwischen ihnen das Verhalten Oesterreichs im letzten Kriege mit keinem Wort erwähnt worden sein. Beust bemüht sich, den Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses genau zu erläutern und soll zugleich die Entlassung des Prinzen Metternich und seine Erhebung durch den Grafen Apponyi bestätigt haben. Am Freitage des Hrn. Thiers bei Gelegenheit der Anwesenheit des Grafen Beust nahmen der General Admiralant, Gouverneur von Paris, und der Dr. Melaton Theil.

Der bekannte Militär-Schriftsteller und schweizerische Oberst Rüstow befindet sich augenblicklich in Versailles, wo er vom Präsidenten der Republik mit großer Auszeichnung behandelt wird. — In diesen Tagen wurden aus dem Café de Wühlhouse am Boulevard Montmartre drei junge Deutsche vertrieben, die man — natürlich — „Der Spionage“ beschuldigte.

Eine skandalöse Geschichte ereignete sich nach der Hinrichtung Kossel's. Der Pfarrer Bastia erhielt gleich nach dessen Exekution den Besuch eines Journalisten, Namens Biscatel, der im „Gaulois“ unter dem Namen Gaston de Nefas schreibt und welcher ihn in sehr gebieterischer Tone sagte: „Ich gebrauche die Dokumente von Kossel, und Sie müssen mir dieselben geben.“ Der Pfarrer, dem dieses Auftreten sehr befremdend vorkam und der keineswegs das Recht hatte, über diese Dokumente zu verfügen, weigerte sich, dieses zu thun, worauf ihm Biscatel drohte, Kossel in seinem Bericht für den „Gaulois“ mit Troppmann zu vergleichen und ihn auf alle mögliche Weise schlecht zu machen. Ebe sich Bastia noch weiter mit Biscatel erklären konnte, wurde er abgerufen, da sich die Familie Kossel bei ihm einfanden. Als er zurückkam, war der Mitarbeiter des „Gaulois“ verschwunden. Groß war nun das Ersauern des guten Pfarrers, als er am Morgen des 28. November die Dokumente als Autographie im genannten Blatte fand. Der Mitarbeiter des „Gaulois“ hatte seine Abwesenheit benutzt, um in seinem Schreibpulte nachzusehen, hatte die Papiere gefunden und sie mitgenommen. Im ersten Augenblick wollte Bastia den Namen des Diebes öffentlich an den Pranger stellen, und theilte die Sache der „Constitution“ mit, die folgende Note brachte: „Der „Gaulois“ hat ein Schreiben von Kossel veröffentlicht, welches man sein politisches Testament nennen kann und das der „Gaulois“ wirklich so bezeichnet. Es ist unnütz zu sagen, daß dieser Brief nicht für den „Gaulois“ bestimmt war. Wir haben die Absicht, zu erzählen, auf welche Weise dieses Aktenstück, nachdem es weggenommen — Andere würden sagen gestohlen — worden war, im „Gaulois“ dem Willen seiner legitimen Besitzer zuwider erschienen ist.“ Die „Constitution“ wird von der Sache aber doch nicht weiter sprechen, da Bastia ihren Direktor Portalis gebeten, nichts weiter über die Sache zu veröffentlichen. „In meiner Eigenschaft eines Dieners Gottes“ — so schrieb derselbe — habe ich schon versprochen.“ Die Familie hatte gegen Biscatel und den „Gaulois“ eine Klage wegen Diebstahls eingereicht, nahm dieselbe aber wieder zurück, da sie keinen Skandal machen wollte. Die Sache wird also auf sich beruhen bleiben.

Gaston Crémieux wurde am 30. Nov. Morgens in Marseille erschossen. Man benachrichtigte ihn von seinem bevorstehenden Ende des Nachts um 2 Uhr. Er antwortete: „Ich werde zeigen, wie man stirbt.“ Nachdem er seine Papiere in Ordnung gebracht, fiel er in

den Wagen, der ihn nach dem Fort Nicolas brachte. Dort angelangt, verlangte er einige Minuten Zeit, um in Gedicht, das er begonnen, zu beenden, und beauftragte dann den begleitenden Rabbiner (Crémieux war Jude), Herrn Esquieu, Deputirten von Marseille, zu bitten, ein Theaterstück zu beenden, das er angefangen hat. Um 7 Uhr kam ein Karren, um den Verurtheilten nach dem Richtplatz zu führen. Nach dem Vortrage des Urtheils hat Crémieux die Soldaten, auf das Herz zu zielen, da seine Familie seine Leiche abholen werde und er deshalb nicht entstellt werden wollte. Nachdem er sich einige Minuten mit dem Rabbiner, den er küßte, unterhalten hatte, näherte er sich dem verhängnisvollen Pfahl, der mit Ringen zum Anbinden versehen war, falls er schwach werden sollte. Diese Vorsicht war aber unnütz. Crémieux blieb fest. Er zog seinen Rock und seine Weste aus und legte seine Halsbinde ab; dann, sein Hemd aufreißend, aufrechtstehend, die Augen unterbunden, wie er es verlangt, rief er: „Vorwärts! Feuert! Es lebe die Republik!“ Das Wort Republik erklang auf seinen Lippen; wie vom Blitze getroffen, stürzte er zu Boden. Die Aerzte konstatierten seinen Tod. Ungefähr 3000 Mann waren unter den Waffen. Viele Neugierige hatten sich eingefunden. Der Rabbiner verließ während des Feuers die Truppen die Leiche nicht. An den Pfahl schreit, las er die Bibel und meinte. Die Familien Crémieux und Molina, die in Wagen angefahren kamen, brachten die Leiche nach dem israelitischen Kirchhofe. Wenn die Exekutionen von Versailles schon eine schlimme Stimmung in Paris erzeugt haben, so ist die Entrüstung über die Exekution in Marseille eine noch größere. Ressel und Bourgeois gehörten der Armee an, Ferré war mehr oder weniger Mordbrenner, und man könnte daher ihre Hinrichtungen rechtfertigen. Crémieux hatte sich aber nur an der kommunikativen Bewegung in Marseille betheiligt, die sich der schrecklichen Ersehe, welche in Paris vorfielen, nicht schuldig machte. Crémieux war also nur politischer Verbrecher, die doch getödtet nicht zum Tode verurtheilt werden können. Man ist um so empört, als Crémieux der einzige der vier in Marseille zum Tode verurtheilten Kommunisten ist, welcher hingerichtet wurde, und man behauptet, daß er nur deshalb keine Gnade von der Kommission fand, weil er es war, welcher der Nationalversammlung den Namen „Chambre rurale“ gab.

Das Kriegsgericht verurtheilte am 30. Nov. einen der Offiziere, welche der Verhaftung des Erzbischofs anwohnten, den Unterlieutenant Raturneau, vom 84. föderalistischen Bataillon, zu lebenslänglicher Galeerenstrafe. Die Zeugen waren fast nur Geistliche. Einer derselben war der General-Vikar Lagarde, der bekanntlich vom Erzbischof nach Versailles gefandt worden war, damit man ihn gegen Blanqui ausließe. Lagarde hatte sein Wort gegeben, falls seine Mission kein Resultat haben werde, zurückzukommen. Er hielt dasselbe aber nicht und verschlimmerte dadurch die Lage des Erzbischofs. Vor dem Kriegsgerichte wegen seiner Mission befragt, verweigerte er die Antwort. Da es ein Geistlicher war, so drang das Gericht auch nicht weiter in ihn, sondern gestattete ihm, sich nach seinem Verhör hinwegzugeben, welche Erlaubnis Lagarde auch sofort benutzte.

Die achtzehn Landwirthe des Arrondissements Rambouillet, welche angeklagt waren, an die Preußen Getreide- und Fourage-Lieferungen gemacht zu haben, sind am 30. November freigesprochen worden.

Die Presse in den Departements wird wieder gemäßigter wie in den blühendsten Zeiten des Kaiserthums. Der Gerichtshof von Bourne verurtheilte den „Progrès des Communes“ zu 200 Fr. und den Drucker des Blattes zu 3000 Fr. Strafe. Die „Vigie de Cherbourg“ ist vor den Instruktionsrichter geladen worden und rächt sich dafür durch die Veröffentlichung der Vorladung, welche ihr von Gericht wegen zugeestellt worden ist. Diese lautet im Namen Sr. Maj. Napoleon III., Kaiser der Franzosen. Der Präfect der Ardèche hat den Verkauf des „Reveil de l'Ardèche“ verboten; der Präfect des Aveyron den Verkauf des „Republican“; der Präfect der Loire den Verkauf des „Eclair“ u. s. w. Endlich hat auch die Regierung Herrn Wietesheim das Privilegium der Herausgabe des offiziellen Journals entzogen, welches ihm Herr Koubler zugewandt hatte. Herr Dalloz, orleanistischer Günstling des Herrn Casimir Perier, tritt in den Besitz ein, welchen das Haus Baudecoud seit dem Jahre 1789 ausbeutete.

Das offizielle Journal veröffentlicht das Dekret vom 29. Novbr., wodurch die 103 Konfessionen der reformirten Gemeinden Frankreichs und Algeriens in 21 Synodalkreise eingetheilt werden; jede Gemeinde wählt einen Pastor und einen Laien zu Vertretern bei der Synode ihres Kreises. Diese Vertreter versammeln sich zwischen dem 1. u. 15. März in einem der Hauptorte ihres Synodalkreises und wählen Abgeordnete zu der General-Synode, die später in Paris zusammentritt; die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Zahl der Pastoren jedes Synodalkreises; wo 6 bis 12 Pastoren sind, werden zwei Abgeordnete gewählt, wo 13 bis 18 sind, drei u. s. w.

Italien.

Am 28. November, im Augenblicke, wo der König Victor Emanuel das Parlament eröffnete, hielt der Papst an 5- bis 600 Mönche und andere Geistliche, welche als Delegirte zu ihm gesandt worden waren, eine längere Ansprache, von welcher sehr verschiedene Versionen im Umlauf gesetzt sind. Dem ultramontanen „Universe“ entnehmen wir folgende Bruchstücke:

„Heute ist die Verfolgung gewaltfamer, vollständiger denn je. Heute führt man nicht Krieg gegen einen Theil der Kirche; man führt ihn gegen die ganze Kirche. Heute hat die Kirche nicht mehr mit Ketzern zu kämpfen, die bald zu verschwinden pflegen, sondern mit der Gleichgültigkeit, mit der Gottlosigkeit, die sich darauf verlegen, aus dem Herzen eines jeden Katholiken den Glauben zu reißen. Die Einheit, die Eintracht, diese empfehlen wir ohne Aufhören den Gläubigen auf Wärmte an.“

Dann die Stimme erhebend, rief der Papst aus, daß in Zukunft keine Versöhnung möglich sei zwischen Christus und Belial, zwischen dem Lichte und der Finsterniß, zwischen der Wahrheit und der Lüge, und die Arme gen Himmel erhebend, flehte er den Allmächtigen an, die Kräfte seines Stellvertreters während des so harten Kampfes zu befehlen, seine Beständigkeit durch seinen göttlichen Beistand zu unterstützen, hinzufügend, daß er lieber sein Leben als Opfer darbringen wolle, als den wahnsinnigen Forderungen des triumphirenden Feindes nachgeben.

Rom. 1. Dez. Graf Brassier de Saint-Simon wird wegen seines angegriffenen Gesundheits-Zustandes wahrscheinlich bald einen Nachfolger in seinem Posten als kaiserlicher Gesandter bei Victor Emanuel erhalten. In Italien würde man den hochgeachteten und beliebten Diplomaten ungern scheiden sehen. Legationsrath Graf Weddchen ist von Florenz nach Paris versetzt worden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bekanntlich ist der Plan des Vatikans, mit der Türkei ein Konkordat zu schließen, gänzlich gescheitert. Um die bittere Pille zu verschlucken, hat der Sultan nun an den Papst folgendes Schreiben gerichtet:

„An die Würde Unseres erhabenen, edelsten, wohlgeachteten und ansehnlichsten Freundes, Papst Pius IX.: Monsignor Alexander Franchi, welcher in diese Unsere Hauptstadt in außerordentlicher Sendung geschickt worden war, um die Gefühle der Zuneigung und Aufrichtigkeit, welche Sie gewohnt sind, gegen Unsere Freundschaft zu zeigen, zu offenbaren und mitzutheilen, schickte sich zur Rückkehr an. Ich war äußerst befriedigt von den Beweisen der Zuneigung und Freundschaft, welche der Genannte von Seite Ihrer höchsten Würde mittheilte, sowie von dem von Ihnen zu diesem Zwecke an Uns geschriebenen würdigen Briefe. Ich bezeuge, daß ich immer die Zuneigung des Wohlwollens Meines Freundes wünsche und bestrebe, sie durch den gegenseitigen Austausch der Zuneigung. Zu diesem Zwecke wurde Unser gegenwärtiger Brief geschrieben, welcher, sobald er mit der Gnade Gottes angelangt sein

wird, Ihre Würde daraus erkennen läßt, dessen Absicht sei keine andere, als — wie Wir aufrichtig hoffen — den glücklichen Erfolg zu erzielen, daß auch für die Zukunft das Nothwendige zum gegenseitigen Wohlwollen eingeleitet werde. 1288 den 7. Schaban. (1871, 22. Oktob.) Abdul Aziz Khan, Beherrscher des Reiches der Glückseligkeit.“

— Zur rumänischen Eisenbahnfrage schreibt man dem „B. A.“ aus Bukarest: „Im Vordergrund aller öffentlichen Diskussion steht hier entschieden die von Stronsberg heraufgeschworene Eisenbahnfrage, welche fast leidenschaftlich gezogen hat. Namentlich erwartet man mit Ungeduld das Votum der Kammer über das ihr seitens der Regierung zur Genehmigung vorgelegte Konventionsprojekt, welches sowohl vom Berliner Zentralkomitee der Obligationenbesitzer, als auch von der Regierung angenommen worden ist. Diese „Konvention Bleichröder“ wird von unserer Oppositionspresse stark angefeindet und befürwortet dieselbe den von Hrn. Vitali, dem Repräsentanten einer pariser Gesellschaft, gemachten Antrag, den Bau der Eisenbahnen ohne jede Garantie von Seiten des Staates zu übernehmen. Dieser Antrag kommt jedoch post festum und erklärt der Minister für öffentliche Arbeiten, daß mit der Konstituierung der Obligationenbesitzer als Aktiengesellschaft keinerlei Anträge von anderer Seite mehr angenommen werden können. Die Kammer beschäftigt sich mit obiger Konvention in den Sektionen „de urgence“ und wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, dieselbe genehmigen. Der Senat, dieser erprobte Trabant jeder Regierung, wird sich gewiß nicht widersetzen.“

Parlamentarische Nachrichten.

(OC.) Berlin, 4. Dezbr. Wir benutzen die Müße bis zur nächsten Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses, die voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieser Woche stattfinden wird, um den Leser auf die Vorbereitung des Staatshaushaltes für 1872, der in einer summarischen Uebersicht und drei starken die Spezialverträge enthaltenden Bänden vorliegt, vorzubereiten, indem wir die dem nächstjährigen Budget eigenthümlichen Seiten, die der Finanzminister in seinem einleitenden Vortrage bereits bezeichnete, noch einmal markiren und aus der überreichen Fülle des Materials Einzelheiten von allgemeinem Interesse hervorheben.

Der Staatshaushalt für 1872 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 186,061,453 Thlr. ab; unter den Ausgaben sind 12,585,389 Thlr. einmalige und außerordentliche. Die Einnahme beträgt eigentlich 1 Million mehr, aber diese 1 Million ist im Voraus zu einem Steuernachschuß bestimmt, der der Gegenstand einer besonderen, noch in Verabreichung befindlichen Gesetzesvorlage ist, und daher von vornherein abgesetzt.

Auch darf man, um das Tableau der Einnahmen der preussischen Verwaltung zu vervollständigen, sofort an dieser Stelle auf den Theil des Ertrages der nachfolgenden indirekten Steuern (der Eingangs- und Ausgangs-Abgaben, der Hübenerzucker, Salz, Tabaks-, Brauntwein- und Braumalzsteuer nebst den Uebergangsabgaben von Brauntwein und Bier) hinweisen, welchen Preußen an die Reichskasse abliefern: nämlich 42,347,640 Thlr., während ihm nur 4,361,530 Thlr. aus der Einnahme von den genannten Steuern bleiben. Zieht man 42,347,640 Thlr., verbunden mit dem Matrikularbeitrag von 17,202,498 Thlr., in Summa 59,550,138 Thlr. stellen den Beitrag dar, den Preußen 1872 für die Erhaltung des Reichs leistet. Und zwar hat sich die Höhe des Matrikularbeitrages um 2,047,086 Thlr. gegen den Voranschlag für 1871 verringert, nämlich um 1,060,470 Thlr., welche bereits 1871 in Folge des Zutritts der süddeutschen Staaten in Wegfall kamen, und um neue 986,616 Thlr. aus der Verwaltung der eisenbahnschließenden Eisenbahnen.

Der Ersparnis an dem Matrikularbeitrag tritt eine andere von 1,634,200 Thlrn. in Folge der Entlastung des Staatshaushaltes durch außerordentliche Tilgung von Staatsschulden hinzu. Diese letztere ist das Resultat der fortwährenden Konstitution und derjenigen Tilgungen und Ablösungen von Renten, welche durch die Ausdehnung des preussischen Staatsgebietes und die Kreditirung von Böden und Verbrauchsteuern für Rechnung der Reichskasse vom 1. Januar 1872 ab ermöglicht werden. — Die 30 Millionen des Staatsgebietes sollen verwendet werden zur Tilgung von 26,632,000 Thlr. 5proz. Anleihe von 1859 und zur Ablösung von 3,368,000 Thlr. 5proz. Passivrenten. — Durch das veränderte System der Kreditirung verfügt die preussische Staatskasse über 11,600,000 Thlr., welche ebenfalls zur Ablösung von 5proz. Passivrenten im Betrage von 2,600,000 Thlr. und zur Tilgung von 9 Mill. Thlr. 4/5proz. Staatsschuld verwendet werden sollen. Durch diese beiden Operationen wird der Etat an Zinsen und Tilgungsfonds im Jahre 1872 um 1,634,200 Thlr. und im Jahre 1873 um 2,571,000 Thlr. entlastet.

Die preussische Staatsschuld beträgt am Schlusse d. J., also einschließlich derjenigen Anleihen, deren Tilgung aus den Mitteln des Staatsgebietes erst in Aussicht genommen ist, 429,045,581 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf., darunter 200,883,945 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. Eisenbahnschulden; die Staatsschuld im engeren Sinne des Wortes beträgt also 228,161,636 Thlr. 14 Sgr. 7 Pf. Davon entfallen auf die alten Landestheile und auf den Gesamtstaat seit 1866 367,881,579 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf., nämlich allgemeine Staatsschulden 37,667,070 Thlr., Provinzielle 2,036,247 Thlr. (Kurmärkische und Neumärkische Kriegsschuld und Schuld des Herzogthums Sachsen nach der Konvention vom 28. August 1819), Eisenbahnschulden (Niederländisch-Märkische und Münster-Hammer-Bahn) 17,378,262 Thlr. 15 Sgr., Schabamweisungen nach dem Gesetz vom 29. Januar 1871 10,800,000 Thlr. (schwebende Staatsschuld). Außerdem vormalig hantwärtliche Schulden 19,037,282 Thlr., kurheissische 14,903,900 Thlr., nachauische 19,340,857 Thlr., heissen-bomburgische 80,571 Thlr., Frankfurter 7,489,314 Thlr., schleswig-holsteinische 312,075 Thlr. Auch ein großer Theil der von den neuen Landestheilen mitgebrachten Schulden sind Eisenbahnschulden.

Die Verzinsung der gesamten preussischen Staatsschuld kostete 1872: 16,657,035 Thlr. (905,009 Thlr. weniger als 1871) und die Tilgung 9,497,799 Thlr. (459,467 Thlr. mehr als 1871); dazu traten 9000 Thlr. Kosten der unverzinslichen Schuld und 430,572 Thlr. Renten.

Wir glauben schon an dieser Stelle die Hauptziffern der Verwaltung der Staatsschuld einhalten zu dürfen und wenden uns nach Ausführung der beiden großen Ereignisse für das Jahr 1872 zu den Mehreinnahmen aus den Ueberschüssen und Zuschußverwaltungen, die auf 4,638,500 Thaler veranschlagt sind und verbunden mit jenen beiden Ersparnissen 8,224,700 Thaler mehr für die dauernden Ausgaben des Staates zur Verfügung stellen. Von dieser Summe sollen 4,060,000 Thlr. zur Verbesserung der Beamtengehälter, 821,000 Thlr. für den Etat des Kultusministeriums, darunter 500,000 Thaler für Elementarlehrer, 80,000 Thlr. für Universitäts- und 27,500 Thaler für Gymnasiallehrer verwendet werden. Der Rest soll dem Bau von Eisenbahnen, den Kanälen und Wasserstraßen, der polizeilichen Sicherheit Berlins und verschiedenen anderen Zwecken in allen Zweigen der Verwaltung zu Gute kommen.

Anßerdem hat die Verwaltung des Jahres 1870 einen Ueberschuß von 6,206,260 Thaler ergeben, der für das Extraordinarium des Jahres 1872 verwendet werden soll. Es stehen also, abgesehen von den Ausgabe-Ersparnissen (zusammen 3,586,200 Thaler) für das nächste Jahr 10,814,760 Thlr. als neue Deckungsmittel zur Verfügung. (Fortsetzung folgt.)

D.R.C. Berlin, 4. Dez. Der Plan, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses nach dem provisorischen Reichstagsgebäude zu verlegen, scheint ins Wasser gefallen zu sein. Wie wir hören, haben die desfallsig eingeleiteten Verhandlungen dahin geführt, daß der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, sich zunächst in dieser Frage für inkompetent erklärt habe, weil das Reichstagsgebäude nicht preussisches, sondern Reichseigenthum sei. Der Reichskanzler soll sich aber, nachdem man sich an ihn in dieser Angelegenheit gewendet, ablehnend verhalten haben, so daß die Angelegenheit als definitiv erledigt zu betrachten ist. Uebrigens haben sich nachträglich auch nicht geringe technische Schwierigkeiten für die Verwirklichung dieser Idee herangeht. Zunächst würde das neue Reichstagsgebäude nicht genügend Sitzplätze enthalten, wenn sämtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses anwesend wären, sodann würden die übrigen Räume den Erfordernissen des Abgeord-

netenhanfes nicht entsprechen, zunächst die Abtheilungs- und Kommissionszimmer, dann würden die Räume für die umfangreiche Registratur des Abgeordnetenhanfes — selbst wenn man den Transport und Rücktransport derselben nicht scheuen wollte, — nicht genügen und für die Bibliothek und das Lesezimmer gleichfalls kein Raum vorhanden sein. Genug aus praktischen wie aus theoretischen Gründen wird man den Plan jetzt wieder fallen lassen und sich mit den alten Räumen des Abgeordnetenhanfes begnügen. — Raum ist das Abgeordnetenhaus zusammengetreten, so treffen auch schon in jedem Jahre die Petitionen ein. Noch niemals aber ist der Andrang ein solcher gewesen, wie in diesem Jahre, denn in acht Tagen, während welchen der Landtag zusammen getreten ist, sind bereits gegen zwei Hundert Petitionen des mannigfachen Inhaltes eingegangen. Natürlich befinden sich unter den Petenten viele bekannte Namen, sogenannte „alte Kunden“, welche regelmäßig mit ihren Bitten bei jeder neuen Session wiederkehren, obgleich sie wissen, daß sie stets abschlägig beschieden werden.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 5. Dezember.

— Der Baucines neuen Kreisgerichtsgefängnisses an Stelle der alten „Frohnbeste“, sowie eines Geschäftshauses der Abtheilung für Untersuchungsfachen wird nunmehr wohl im nächsten Jahre in Angriff genommen, indem im preussischen Staatshaushalts-Etat pro 1872 als erste Rate für diese Bauten, deren Kosten zusammen 228,000 Thlr. betragen sollen, zunächst 40,000 Thlr. ausgeworfen sind. Es ist dieser Position folgende Erläuterung beigegeben:

Seit Jahren wird über die großen Mängel der Geschäfts- und Gefängnis-Lokalitäten Klage geführt. Die vielfachen Mängel, sowohl der zu den Gefängnissen der Abtheilung für Untersuchungsfachen jetzt dienenden Lokalitäten, als auch der Gefängnisse, welche eine kommissarische örtliche Beschickung als ganz außerordentlich ergeben hat, lassen einen Neubau als unaufschiebbar erscheinen. Zur Baufelle für denselben ist ein Theil des i. g. Altes- und Salzdirections-Grundstücks in Bosen bestimmt. Die Vorbereitungen zu den Bauten sind in der Art getroffen, daß zunächst die Gefängnisse und die Geschäftslokationen der Abtheilung für Untersuchungsfachen hergestellt werden. Die Kosten der für 206 männliche und 64 weibliche Gefangene bestimmten Gefängnisse sind auf 148,000 Thlr., die des Geschäftshauses auf 80,000 Thlr. berechnet worden. Davon sind als erste Rate zum Beginn der Bauten 40,000 Thlr. erforderlich.

Auch zum Neubau eines Geschäftshauses für das Kreisgericht in Samter sind als letzte Rate 5174 Thlr. ausgeworfen.

— In der volkswirtschaftlichen Gesellschaft berichtete am Mittwoch nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Redakteur Stein Herr Ober-Reg.-Rath Dittmar über „Die Theorie der sozialen Frage“ von Dr. H. v. Schell, Professor der Staatswissenschaften in Bern, und widertritt dabei der Ansicht des Verfassers, daß die soziale Frage erst mit der französischen Revolution entstanden sei; dieselbe habe als Frage des „Kampfs ums Dasein“ vielmehr schon in den ältesten Zeiten bestanden. In Betreff der Eingriffe des Staates in das soziale Gebiet glaubt der Referent, daß die Bestimmungen des Landrechts vollkommen ausreichend seien. Außerdem berichtete derselbe über die Broschüre von Schlichter, „über den Schutz des geistigen Eigenthums“, sowie Herr Fabrikbesitzer L. Guttman über die Vierteljahrsschriften des statistischen Bureau, wobei vornehmlich über die Statistik der Selbstmorde Mittheilungen gemacht wurden. Die Herren Stadtrath Herje, Rittergutsbesitzer v. Trestom-Radojewo und Ober-Regierungsrath Dittmar übernahmen alsdann Referate für die nächste Sitzung. — Der Vorsitzende leitete darauf die Diskussion über die gegenwärtige Gründungsperiode ein und sprach sich dabei mit Hinblick auf die sog. Schwindelperiode früherer Zeiten dahin aus, daß die gegenwärtige Gründungsperiode auf dem kommerziellen Gebiete Deutschlands trotz einzelner Ueberspekulationen noch nicht den Charakter des Schwindels trage. Es herrsche unsolide Aktien-Unternehmungen fast gar keine, sehr rentable Fabrik-Unternehmungen (z. B. Stobwasserische Lampenfabrik) nur gerade die hinreichenden Zeichnungen gefunden. Ob die Errichtung einer großen Anzahl von Kreditinstituten nicht schon das Bedürfnis überschritten habe, werde sich erst in Zukunft zeigen. Das auffallende Bild von Aktien-Unternehmungen und Assoziationen sei lediglich eine Folge des Gesetzes vom 11. Juni 1869, nach welchem die Bildung von Aktiengesellschaften nicht mehr abhängig von Konfessionen gemacht wird; nur durch den Krieg d. J. 1870 sei bisher die anderwärts bereits durchgeführte Bewegung des Kapitals verhindert worden. Irthümlich sei es, anzunehmen, daß die bisherigen Besitzer der Fabriken übertriebene Preise für die Abtretung derselben erhalten. Dieselben empfinden vielmehr einerseits das Bedürfnis, ihr Vermögen verschiedenartig anzulegen, andererseits treibe sie vielleicht die Besorgnis vor Arbeitseinstellungen seitens ihrer Fabrikarbeiter dazu, ihre Establishments zum Theil aus den Händen zu geben. Wenn nun auch die Möglichkeit vorliege, daß die fortgesetzte Gründerperiode allmählig in Schwindel ausarten, und alsdann eine Krisis herbeiführen werde, so sei doch jedenfalls ein in einzelnen Reichstagskreisen bereits beschlossenes Gesetz zur Beschränkung der Bildung von Aktiengesellschaften als eine Bevormundung der Kapitalbewegung zu verwerfen. Auch in England, wo im Anfange des 18. Jahrhunderts sog. Seifenblasen-Gesellschaften mit schwindelhaften Unternehmungen auftraten, wobei die englischen Standesherrn zu den hervorragendsten Gründern der Schwindelwerke gehörten, hat sich die Bubbles- (Seifenblasen-) Alte v. J. 1719 als erfolglos erwiesen. — Hierauf folgte eine lebhafteste Debatte über die Förderung der Posener Industrie, resp. über die Errichtung hier noch nicht vertretenen Industriezweige. Als Hindernisse vorthelhaftesten Industriebetriebes wurden dabei bezeichnet: Mangel an geregelten Zufuhren resp. an zahlreichen und guten Verkehrswegen, besonders der Mangel eines kürzeren Kohlenbezugsweges; auch fehle es in Folge der russischen Zollgrenze an einem Hinterlande für den naturgemäßen Abzug; ebenso seien die Arbeiterverhältnisse außerordentlich schwierige, da in Folge der Auswanderung der besseren Arbeitskräfte nach vorthelhafteren Erwerbsgebieten hier nur ein weniger brauchbares Material zurückbleibe; jedoch werde voraussichtlich mit dem Erwasen einer größeren Industrie dieser Mangel an tüchtigen Arbeitskräften verschwinden. Als Hauptgrund des bisherigen Mangels an Industrie wurde der Umstand hervorgehoben, daß in Folge der bisher mangelnden Konkurrenz fremden Kapitals das einheimische Kapital in leichter, unproduktiver Weise angelegt worden sei. Diesem Uebelstande ist nun durch die Anlage größerer Bankinstitute, sowie durch die Vergrößerung des Betriebskapitals der hiesigen Privatbanken schon abgeholfen worden; auch steht dem Vernehmen nach die Errichtung von Filialen der Berliner Provinzial-Diskonto-Bank und des Schlesischen Bankvereins in naher Aussicht. Wie sehr durch den Zufluß fremder Kapitalien das bisher zu hohen Prozenten angelegte Privatkapital beunruhigt werde, zeige sich schon gegenwärtig in dem Streben, dasselbe anderweitig, in solider Weise unterzubringen; daher z. B. die Häuserpekulationen. Daß manche Industriezweige hier mit Vorthelb betrieben werden können, beweist das Floriren der hier bereits bestehenden Fabrikationszweige (Webfabrikation, landwirtschaftliche Maschinen-Industrie, Spinn-, Del-, Mehl-Fabrikation u.); als vorthelhaft wurden außerdem hervorgehoben: Gerberei, Papierfabrikation, Kammgarnspinnerei, Glas- und Spiegelfabrikation, Dampfbierbrauerei u.

— Handelskammer. Aus der jüngsten Sitzung der Handelskammer sind folgende Gegenstände von allgemeinem Interesse hervorgehoben: Die k. Polizei-Direktion hat der Handelskammer den Entwurf zu einer neuen Wochenmarkts-Ordnung für die hiesige Stadt mit dem Ersuchen zugehen lassen, auch theilweise an den zur Verabreichung desselben stattfindenden Konferenz aller hierbei betheiligten Körperschaften durch Delegirte theilzunehmen. Die Kammer erklärt sich mit einer Anzahl der gemachten Vorschläge einverstanden und insbesondere auch mit der Bestimmung, nach welcher die Getreidemärkte fortan täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) und zwar auf dem Bernhardinerplatze stattfinden sollen, sie proponirte hierbei noch,

daß der Beginn dieser Märkte in den Sommermonaten um 7 Uhr früh, der Schluß am 12 Uhr Mittags, in den Wintermonaten der Beginn um 8 Uhr früh, der Schluß auf 1 Uhr Mittags bestimmt wurde; die aus ihrer Mitte zur Theilnahme an der Konferenz delegirten Kommissarien werden für die betreffenden Beschlüsse der Kammer votiren und liberal da, wo definitive Festsetzungen von ihr nicht getroffen sind, das Reglement mit den übrigen Interessenten vereinbaren. Mehrfache Beschwerden über mangelhafte Aufstellung der den Eisenbahn-Frachtbriefen beigefügten Noten über Fracht und Spesen veranlassen die Kammer, bei dem Reichsfinanzministerium wegen Anwendung einer übersichtlichen Spezifikation der Frachtsätze und der sonstigen Nachnahmen vorstellig zu werden. — Auf gerichtliche Requisition in einer Prozesssache wird die Fassung des erforderlichen Gutachtens festgestellt und ebenso eine zweite gerichtliche Requisition erledigt. — Die Vorbereitung des Etats der Handelskammer pro 1872 wird einer besonderen Kommission übertragen. — In Betreff der bei Festsetzung der Handelskammer-Beiträge zu befolgenden Klassifikation wird nach Maßgabe des hierüber zu erstattenden Kommissionsberichts Beschluß gefaßt. — Außerdem kamen noch Korrespondenzen mit Behörden und Korporationen sowie innere Angelegenheiten zur Besprechung.

Russisch-polnische Zustände. Die „Bresl. Ztg.“ schreibt: Deutsche, meist preussische Unterthanen, welche in Nähe der Grenze bei Myslowitz in Polen domiciliren und als Arbeiter oder Beamte fungiren, begaben sich vergangenen Sonntag den 26. v. M. früh, wie bisher üblich, mit ihrem Kisejap auf die Grenzstation in Modrzewo um denselben visiren zu lassen und sodann die Grenze zu überschreiten. Schrecklich enttäuscht wurden die Betreffenden, als ihnen urplötzlich bei Abnahme des Passes durch den dort anwesenden Wost Gminy eröffnet wird, daß Keiner in sein deutsches Heimathland gelassen werde, ohne Ausnahme, ohne jegliche Rücksicht. — Herzzerrend war es anzusehen, wie ein Mann aus Kiewa, als Arbeiter in der S. von Kramarschen Fabrik daselbst beschäftigt, (in Myslowitz wohnhaft und allwöchentlich zu den Seinen heimkehrend) um Gottes Willen bat, ihn zu seiner schwer erkrankten Frau gehen zu lassen. Derselbe wurde mit cynischer Rohheit zurückgewiesen. — Jedem hier lebenden Deutschen ist nun der Paß abgenommen und eine Bescheinigung über dessen Wegnahme erteilt worden, der Uebertritt nach Preußen aber derzeit vollständig verweigert; also der freie deutsche Mann ein russischer Gefangener!

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Die deutsche Kriegsmarine hat ebenfalls einen Platz in Maurer's deutschem Feldbuch (Verlag von Karl Hoffmann in Stuttgart) gefunden, wie wir aus den sieben eingetragenen Lieferungen 11 und 12 ersehen. Auch erbliden wir viele neue interessante Portraits vielgenannter Heer-, Truppen- und Schiffsführer. Das fertige Werk soll jedenfalls noch den diesjährigen Weihnachtsfestlichkeiten schmücken. Das vollständige Werk von 16 Lieferungen ist in allen Buchhandlungen à 7½ Sgr. zu haben.

Staats- und Volkswirtschaft.

Durch Bekanntmachung des Großherz. sächsischen Staats-Ministeriums zu Weimar vom 16. September d. J. ist behufs vollständiger Einziehung der nach der Bekanntmachung vom 1. November 1859 ausgegebenen und noch im Umlauf befindlichen Großh. sächsischen Kassen-Anweisungen für die Inhaber derselben eine Frist bis einschließlich den 30. April 1873 zum Umtausche dieser Kassen-Anweisungen gegen verglichen neue anberaumt.

Vermischtes.

Aus Kilm erhält der „Gef.“ eine Berichtigung, betr. die dem Orden der barmherzigen Schwestern in Kilm angehörige Schwester Agnes Dymalska. Die Irrenanstalt in Schwyz hat die Schwester wieder zurückgeschickt, weil aus Unkenntnis das Kloster als verabsäumt hatte, die außer dem ärztlichen Zeugnis zur Aufnahme noch nöthige

Berhandlung mit der Polizeibehörde zu bewirken. Und weil diese fehlte, hat die Irrenanstalt statutenmäßig die Aufnahme der Kranken Schwester verweigert, nicht aber, weil letztere für „gesund“ befunden worden ist. Gleich nach Beibringung jenes Schriftstückes ist die Aufnahme in der Anstalt sofort erfolgt.

Köln, 2. Dez. Ueber die von uns gestern erwähnten Mordthaten, welche am 1. d. M. in der Franciscaner-Kaserne verübt wurden, meldet die „Köln. Ztg.“ noch folgendes Nähere. Der Feldwebel Kl. war während des Krieges Feldzahlmeister und wird als ein sehr thätiger, umsichtiger und freundlicher Mann geschildert. Der gestrige Tag war bestimmt zum Wiedereintritt des Kl. in seine Stelle als Feldwebel. Da sich am gestrigen Morgen die Thüre seines Zimmers trotz mehrfachen Klopfens nicht öffnete, wurde dieselbe von außen geöffnet, und nun bot sich den Eintretenden eine schauderhafte Szene dar. Die jugendliche Frau des Kl. war augenscheinlich mehreren Kopfschlägen, deren Spuren deutlich sichtbar, nicht erlegen und schließlich durch einen Stich in den Hals ermordet. Das Kind, das am Abend zuvor seinen zweijährigen Geburtstag gefeiert, lag, mit einem Tuche strangulirt, entseelt da. Kl. selbst hatte sich durch einen Schuß in den Kopf getödtet. Ueber die Motive zu derselben variiren natürlich die Vermuthungen sehr; fast unglaublich erscheint es, daß nur der beleidigte Stolz, nach zufriedentheilender Thätigkeit als Zahlmeister in die untergeordnete Stelle als Feldwebel wieder einzutreten, die Veranlassung gewesen sein könne. Die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung werden das obwaltende Dunkel vielleicht erhellen.

„Der liberaler Wirthschaft.“ Unter diesem Titel bringt das in Linz erscheinende „Volksblatt“ ein in oberösterreichischer Mundart geschriebenes Poem, worin die Liberalen anlässlich der bevorstehenden Wahlen mit den schlechtesten Versen traktirt werden, die sogar ein Gelegenheitsdichter verschuldet. Der Dichter läßt sich in folgender Weise aus:

Ja, d' Juden und d' Doktern,
D' kaufen's G'schloß;
Für's, — das is' richtig, —
Wird's allerweil bösser;
D' Bibile' und
D' Konfessionslose Schul,
D' wünschen's d' Maistern
Von Freimaurer-Stuhl.
Da Weidengott Janus
Hat waierlai G'sicht,
Und unsere Liberalen
Hamt zwaieral G'sicht.
D' 10 Gebot Gottes
Sand a nimmer beili;
Blos's Stehln, wann's iehm selm g'schieht,
Das ist nu abscheuli;
Wenn d' Klöster ausgeplündert
Und d' Kiran ausgebraut,
Halsen' selm glei dazue, —
Da war's Stehln schon volaubt. —
So hand d's Liberaln!
Grad a so is' iehn Sinn;
Ma lest's sogar druck
In iehn Zeitungen dra. —

Und so geht es fort ohne Anstand und ohne Grazie recht ehrenbeleidigend und schimpfend durch dreißig verschiedene Strophen!

Aus Frazerburg (Viktoria, Süd-Africa), 5. Okt. Vor einigen Wochen bin ich, schreibt ein Deutscher, von meinem Auszuge auf die Diamantenfelder heimgekehrt. Wellenförmige Einöden ohne Strauch, ohne Quelle sind es meist, in denen sich die Diamanten finden; die schönen Ufer des Baal-Flusses bilden eine Ausnahme. Pniel, Camwoods Hope, Hebron und Gong-Gong sind Bläse am Baal; schwarze Basalt-fäulen ragen allenthalben aus dem Porphyrr-Konglomerat hervor, das sich auf einer Basis von Schiefer lagert. Die Oberfläche der Hüben ist mit einem Alluvialsand bedeckt, in ihm finden sich die Diamanten mit Achat, Turmalin, Jasps und Opal zusammen. Man gräbt Brunnen

da, 30 Fuß breit, 26 Fuß tief — eine schwere Arbeit, die oft ein Jahr in Anspruch nimmt, da das Wasser ungemein schwierig zu beschaffen ist. Vorzüglich reich sind die Einöden, auf denen die Farmen Du Toits Pan, Bultfontain, De Beers und Jagersfontain sich erheben, von denen zum Theil gegründet — dasen in der wasserlosen Wüste. Auf De Beers Farm ward vor einiger Zeit ein Diamant von 70 Karat gefunden. Die Höhe der Felder ist ungefähr 6000 Fuß über dem Meere; es ist im Sommer kühl, im Winter bitterlich kalt. Die Entfernung von der Capstadt beläuft sich auf 779 engl. Meilen, von Port Elisabeth 470 Meilen; doch ist die letztere Tour, die scheinbar die kürzeste ist, dem Glenden nicht zu empfehlen. Der kürzeste Weg ist der von der Capstadt nach Pniel, der in den Händen zweier Gesellschaften, der Zuland Transport und Stehlers', ist, welche die Reisenden und ihr Gepäck befördern. Inland Transport befördert in acht Tagen für 12 Guinen mit 40 Pfund Freigepäck, Stehlers' in zwanzig Tagen für 12 Guinen mit 100 Pfund Freigepäck. Von Port Elisabeth kann man nur durch Ochsen-Fuhrwerk zum Ziele gelangen. Die Reise dauert sechs Wochen und kostet mit Ausnahme des Futters bei 200 Pfund Freigepäck 5 Pfd. Sterl. Der Zentner Gepäck kostet 16 Sh. Für Jagd-liebhaber ist diese Partie, welche durch leidliche Gegenden führt, empfehlenswerth; der Weg von der Capstadt hingegen führt durch baum- und wasserlose Eöden. Zwei Monate hatten wir gegraben, 3700 Fuß, so genannte Diamantenbohren, und nichts gefunden, und dazu neunhundert Arbeit! Merkwürdig, rings um uns fand man allenthalben Diamanten vor wenigen Wochen hat ein Mann hier einen 64karätigen Stein gefunden; eine Frau hatte hier Gras ausgeraucht, und der Diamant funktelte ihr entgegen; wir aber aßen umsonst unser Brod in Unruhe, und verdarben uns mit Sorgen die Nächte, wie jener Schotte in Pniel, der monatelang grub und nichts fand, während ein paar Ellen davon sein Nachbar einen Diamanten von 40,000 Pfd. Sterl. im Werthe, nach kurzem Suchen fand. Gegenwärtig steht Du Toits Pan hoch in der Meinung; die Bevölkerung beläuft sich auf 16,000 Seelen, und ich möchte auch lieber rathen hier zu bleiben, als an den steilen Felsen-ufers des Baalflusses. Das Leben ist im Ganzen harmlos und schmerzlos; man macht kein Geheimniß aus seinen Fünden und laßt über die, welche nichts finden. Bultfontain, Alexander's Fontain und De Beers Farm bilden mit Du Toits Farm einen Platz zusammen. Zahlreiche Läden und Hotels befriedigen die Bedürfnisse. Das Fleisch ist gut und nicht zu theuer; sehr theuer das Gemüse. Die Lizenzgebühren für das Graben betragen monatlich 10 Sh.; davon erhält die Regierung des Freistaats die Hälfte. Während das Klima von Baal-River Fieber mit sich bringt, ist das in Du Toits Pan köstlich, und der Gesundheitsstand, der allerdings augenblicklich nicht gut ist, ließe sich wenigstens leicht bessern. Am häufigsten erscheint der Mangel an Wasser, den man aber bemüht ist, abzustellen. Die „Hope Town Diamond Company“ lieg es sich besonders im Mai angelegen sein, Brunnen zu graben, die aber meist wieder einstürzen. Jetzt giebt es deren dort fünfzehn; wir waren selbst so glücklich, einen auf unserem Gebiete zu besigen. Bei dem Graben dieser Brunnen hat man Andeutungen von Steinkohlen-Lagern gefunden.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Bekanntmachung.

die Weihnachtssendungen betreffend.
Allen Anschein nach wird der diesjährige Weihnachtsverkehr mit der Post ein ungemein starker werden. Wenn sich die Massen der Pakete, welche nach Millionen zählen, in den letzten Tagen vor Weihnachten zusammenströmen, und wie dies oft der Fall ist, noch schwierige Witterungs- und Wegeverhältnisse hinzutreten: so kann auch den umfassendsten Vorbereitungen nicht jede einzelne Sendung mit der sonstigen Pünktlichkeit eintreffen. Eine verspätete Ankunft ist aber gerade bei diesen Sendungen bedauerlich. Das Publikum wird daher im eigenen Interesse ersucht, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Massen sich zertheilen. Auch wird die Vorschrift in Erinnerung gebracht, daß die volle Adresse auf dem Paket zu setzen ist.

Berlin, den 2. Dezember 1871.
Kaiserliches General-Postamt. Stephan.

Bekanntmachung.

Es sollen mehrere für den Festungs-Bau nicht mehr brauchbare Gegenstände als: altes Schmiede-Eisen, Polstfaben, 2 Anzüge-Käse, 2 melbierende gegen feuchtes baare Bezahlung verkauft werden, wozu ein Termin auf **Donnerstag, den 7. d. M.** früh 10 Uhr im Festungsbaubüro angelegt wird. **Posen, den 4. Dezember 1871.**

Königliche Festungs-Bau-Direktion.

Handels-Register.

Zufolge Verfügung vom heutigen Tage ist eingetragen:

- 1) in unser Firmen-Register unter Nr. 1275 die Firma **Simon Blumberg** zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Simon Blumberg daselbst;
- 2) in unser Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 295 die von dem Kaufmann **Simon Blumberg** zu Posen für seine Ehe mit der verwitweten **Bromberger, Ernestine** geb. **Silberstein** durch Vertrag vom 8. November 1871 abgeschlossene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes.

Posen, den 29. November 1871.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Proclama.

Am 16. November 1869 starb in Posen und soviel bekannt testamente los das Fräulein Johanna Henriette Brzozowska, geboren am 17. Juli 1791, eine Tochter der Rangleibdirektor Johann Gottfried und Christiane Barbara geb. Graube-Brzozowska-Gheleute, deren Tod zwar nicht konstatirt, aber nach § 38 Z. 1 Theil I Allg. R. zu präsumiren ist.

Geschwister oder Geschwisterkinder sind nach der Erblasserin nicht hinterblieben und auch deren Geschwister, die Bürger Johann Christoph und Anna Catharina geb. Herzberg-Brzozowski-Gheleute in Saalfeld längst verstorben.

Nach ihrem Ehepartner Johann Christoph Brzozowski sollen nach aus dessen zweiter Ehe mit Marie Louise geb. Stanczyk 2 Kinder, nämlich a. eine Tochter Anna Marie Brzozowska a. und

b. ein Sohn Johann Christoph Brzozowski hervorgegangen sein.

Die zu a. genannte Anna Marie Brzozowska hatte sich mit Lorenz Christian Auerer in Saalfeld verheiratet und in dieser Ehe eine Tochter die Marie Sophie (Kosina Wilhelmine) Auerer, welche mit dem Prorektor Pöschke in erster Ehe und mit dem vor ihr verstorbenen Gerber Müller in Saalfeld in zweiter Ehe lebte, erzeugt. Nach dem zu b. aufgeführten Johann Christoph Brzozowski (junior) ist eine Tochter, die Caroline Brzozowska, verheiratet gewesen Schumacher Johann Friedrich Neumann in Chisiburg hinterblieben.

Als Erbspräsentanten sind unter Anderen:

1. die verwitwete Gerber Maria Sophie (Kosina Wilhelmine) Müller geb. Brzozowska, jetzt, da sie am 28. April 1870 in Elbing verstorben, deren durch die Erbscheinung vom 2. August 1870 legitimirten Rechtsnachfolger, der Lithograph Alexander Schamborg in Sagan als Käufer eines Theils der Erbschaft der zu 1. erwähnten Witwe Müller und
2. die verwitwete Caroline Neumann geb. Brzozowska in Chisiburg und nach deren am 31. Mai 1871 erfolgten Ableben, ihre durch Erbscheinung vom 26. Juli c. legitimirten Rechtsnachfolger —
4. der Schumachermeister Ferdinand Brzozowski in Berlin aufgetreten.

Es ergeht nunmehr an all. Diejenigen, welche nähere, oder gleich nahe Erbsprüche an den aus ungeklärten 10,000 bis 12,000 Thlr. bestehenden Nachlaß des Fräulein Johanna Henriette Brzozowska zu haben vermehren, die Aufforderung, ihre Ansprüche bis zu dem

am 8. April 1872

Vormittags 10 Uhr, vor dem Kreisgerichtsausschuss anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls nach Ablauf dieses Termins die Erbscheinung ausgesetzt werden wird. **Posen, den 23. November 1871.**

Königliches Kreisgericht.
Zweite Abtheilung.

Ein neu und massiv erbautes **Haus**, auf der fr. qu. teils Straße in Ostrowo, zu edem Geschäft geeignet, ist preismäßig zu verkaufen. Näh. in der Exp. d. Sig.

Bekanntmachung.

Für die bevorstehenden Wintermonate bringe ich die Vorschriften der §§ 3 bis 8 der Straßenreinigungordnung für die Stadt Posen vom 12. April 1837 (Amts-Blatt, Off. Ang. S. 297) in Erinnerung mit dem Bemerkten, daß die diesseitigen Exekutiv-Beamten auf gehörige Befolgung dieser Vorschriften und event. Befragung der Säumnigen energisch halten werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch darauf gerichtet sein, daß die Bürgerliche gehörig mit Asche, Sand oder Sägespänen besreut werden, sobald dies durch Schneefall oder anderweitig eingetretene Glätte erforderlich wird. **Posen, den 4. Dezember 1871.**

Der Königl. Polizei-Direktor **Staudy.**

Der hiesige Kammerer- und Stadt-Sekretärposten, mit welchem ein bares Gehalt von jährlich 200 Thaler und ein Nebeneinkommen von 120 bis 130 Thlr. verbunden ist, ist vakant und soll sofort anderweitig besetzt werden. Qualifizierte, beider Landessprachen mächtige Bewerber werden aufgefordert sich unter Befügung ihrer Zeugnisse bis zum 15. Dezember d. J. bei dem unterzeichneten Magistrat zu melden. Die zu bestellende Kautions ist auf 400 Thlr. festgesetzt und ist eine halbjährige Probezeit Bedingung. **Kobylin, den 2. Dezember 1871.**

Der Magistrat. **Laube.**

Auction

von einigen Hundert Kiefern-Baumstämmen u. ca. 200 Stücken **harter Kieferholz** findet am **Donnerstag, den 12. Dezember c., früh 9 Uhr**, im Amtsal in Weina gegen gleich baare Zahlung statt.

Der Administrator **Roth.**

Donnerstag den 14. Dezember um 10 Uhr findet im Umgehener Walde bei Kions beim Waldwärter Ratajszka eine Licitation auf 120 Stück Kiefern-Bauholz statt.

Bedingungen werden bei der Licitation bekannt gemacht.

Die Forstverwaltung.

Das zur Valentin Schmidt'schen Concur.-Masse gehörige, zwischen der Euler Straße und der Bahnhof-Straße belegene Grundstück mit einem Flächenraum von circa 4 Morgen Land, großem Garten, Wohnhaus (Villa) und 3 Stallgebäuden soll aus freier Hand verkauft werden.

Offerten von Selbstkäufern nimmt bis zum 15. Dezember d. J. entgegen.

Hugo Gerstel, Verwalter der Valentin Schmidt'schen Concur.-Masse.

Auktion.

Mittwoch, den 6. und Donnerstag den 7. d. M. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich Wasserstr. Nr. 1 im Auftrage diverser Bankwaaren als: **Seelenwärmer, Gauden, Schwals, Peltrinnen, Unterhosen, Unterjaden, Strümpfe** u. dgl. eine Partie **Leinwand, Tischzeug, Küchengeräthe, Gerren-Mägen, Blumen, Toiletten-Garbinen** und verschiedene andere Gegenstände zu **Weihnachts-Geschenken** geeignet, gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkaufen.

Orange, Auktions-Kommissarius.

Dienstag den 12. d. M.

findet in **Czorniejewo** im Lokal des Herrn **Pieranski** eine Holzlicitation statt. Es werden verkauft von dem Forstrevier **Nowylas, Rakowo, Starzywina** trockenes Weißbuchen-, Birken-, Kiefern-Klobenholz, trockenes Eichen-Stockholz, sowie auch Kiefern-Bauholz, Eichen-, Birken- und Erlen-Nußholz in Stämmen, vom Revier **Glozyny** und **Goranin** Altholz aus den Durchforstungen.

Die Forstverwaltung.

Holz-Verkauf.

Es sollen **1. Am Mittwoch, den 13. Dezember d. J.** in dem Wirthshaus zu **Ludwinowo** aus dem Forstbezirk

Bodzewko

811 Stück Eichen- und Birken-, schwach, Bau- und Nußholz, 422 Klaftern Eichen-, Birken- und Kiefer-, Scheit-, Ast- und Stockholz, und

92 Asthaufen,

2. Am Montag, den 18. Dezember d. J. in dem Wirthshaus zu **Blazejewo** aus dem Forstbezirk

Blazejewo

238 Stück Eichen-, Birken-, Erlen- und Kiefern-, schwach, Bau- und Nußholz,

755 1/2 Klaftern Eichen-, Buchen-, Birken-, Erlen- und Kiefern-, Scheit-, Ast- und Stockholz,

230 Asthaufen,

18 eichene und

5 Kiefern Stubben,

jedes Tages Vormittags von 8 Uhr ab meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Oberförsterei **Siedlec**, den

2. Dezember 1871.

Die Forst-Verwaltung.

Das Holz auf zwei im Kreise **Bomst** belegenen Forst-Pazellen im Flächeninhalt von zusammen 320 Morgen soll am **17. Januar d. J.** 12 Uhr im Bureau des Justiz-Raths **Janecki** in Posen, große Ritterstraße Nr. 16 im Wege der Licitation verkauft werden. Licitations- und Verkaufsbedingungen können in dem gedachten Bureau eingesehen werden.

Restaurations-Geschäft

in Berlin an einem großen Bahnhofe, mit Fremdenzimmer, guter Stammbuch- und großen Fremdenverkehr, soll Familienverhältnisse halber mit 1000 Thlr.

verkauft werden

Offerten; aus 990 bescheidet die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Eine Wirthschaft

von 60 Morgen in **Glowno** dicht bei Posen ist aus freier Hand zu verkaufen. Auf dem Grundstück sind 60 Morgen Schomboden 1. Klasse. Die Wirthschafts-Gebäude sind vollständig neu.

Ein Grundstück

worin Destillation und Essig-Fabrik mit gutem Erfolge betrieben wird, in einer Kreisstadt von 18,000 Einwohnern ist sofort zu verkaufen. Mietz-ertrag außer Geschäftslokal, Wohnung sowie Kelleräumen, Kaminen, Destillation und Essig-Fabrik jährlich 800 Thaler. Wo sagt die Expedition dieser Zeitung.

Hausverkauf.

Wegen Verlegung beabsichtige ich mein hiesigst gelegenes Wohnhaus nebst Garten und Stallungen am **Dienstag, den 12. d. M., Mittags um 1 Uhr**, im Licitationswege öffentlich zu verkaufen. Dasselbe ist durchweg herrschaftlich eingerichtet, enthält 10 reizbare Zimmer, steht bei der Prov.-Feuer-Sozietät mit 5400 Thlr. versichert und ist gerichtlich auf 6149 Thlr. abgeschätzt. Schulden haften auf d-mislen eben so wenig als sonstige Lasten oder Einschränkungen. Auch sind die Besitzverhältnisse regulirt. Uebergabe und Kontratsabschließung sollen gegen Erlegung des Kaufgeldes, wovon ein Theil Rehen bleiben kann, sogleich erfolgen. **Wietungs-Lauten** 600 Thaler.

Kauf-Interesse lade ich dazu ein.

Aumil, den 2. November 1871.

La Roche, praktischer Arzt u.

For Ladies and Gentlemen English Reading and Conversational lessons. **Bedrichstraße 33b. Parterre links.** (Bei Lage.)

Gegen den Dr. jur. Wallmann,

Herausgeber

der „Preussischen Versicherungs-Zeitung“,
des „Versicherungs-Agenten“, Organ für das Versicherungs-Agenten-Wesen und
des „Berliner Asscuranz- und Handels-Blattes“.

Die Nr. 231 der „Königsberger Hartung'schen“, die Nr. 466 der „Breslauer“ und die Nr. 467 der „Schlesischen Zeitung“ brachten einen übereinstimmenden Auszug der in Nr. 38 des sogenannten „Berliner Asscuranz- und Handels-Blattes“ (angeblichen 2ten Jahrganges) enthaltenen Mittheilung über das Regulierungs-Wesen einzelner Feuer-Versicherungs-Gesellschaften mit Anführung eines angeblich eclatanten Falles aus Tilsit, die von uns vertretene Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft betreffend.

Statt einer ausführlichen Widerlegung möge für heute der einfache Hinweis genügen, daß das fragliche Blatt von demselben Dr. jur. Wallmann herausgegeben wird, welcher bereits in den Nrn. 36, 37, 42, 45 und 50 der „Deutschen Versicherungs-Zeitung“ des Jahres 1870 wegen desselben Brandschadenfalles von uns der böswilligen Verläumdung überführt worden ist.

Die erwähnten Inserate, welche zugleich über den fraglichen Schadenfall Auskunft geben, liegen nicht nur in Berlin bei uns, sondern auch bei unseren General-Agenten, den Herren Aug. Simon und Comp. in Königsberg in Pr. und Herrn Inspector Laßwitz in Breslau, Tauentzien-Strasse Nr. 27 b., zur Einsicht offen.

Ueber die Tendenzen des genannten Herausgebers und der von ihm behaupteten (in der Wirklichkeit nur aus entlassenen Geschäfts-Gehülfen bestehenden) Asscuranzkreise belehrt man sich am besten durch die eigenen Bekanntheits des Ersteren in Band III. f. 366 seiner Versicherungs-Zeitschrift pro 1868, die hinsichtlich der sogenannten Fachpresse unter anderen mit den Worten schließt:

„Ohne Stellenvermittlung keine Mitarbeiter, ohne Mitarbeiter kein Verrath, ohne Verrath keine Erpressung, ohne Erpressung keine Existenz.“

Der Dr. jur. Wallmann versucht es, dem neuesten Produkt seiner Feder, nämlich dem „Berliner Asscuranz- und Handels-Blatt“, dadurch Ansehen und Glaubwürdigkeit zu verleihen, daß er dem Titel die Worte „2. Jahrgang“ beigedruckt und solches außerdem mit Inseraten versieht.

Wir warnen die Presse und das Publikum, durch solche und ähnliche Kunststücke sich nicht täuschen zu lassen, indem wir von einzelnen Inseraten wissen, daß nie ein Auftrag erteilt worden ist, oder Kosten dafür bezahlt worden sind, während wir Demjenigen, welcher binnen heute und acht Tagen den ersten Jahrgang des genannten Blattes vorlegt, eine Belohnung von 100 Friedrichsd'or zusichern.

Wenn der Dr. Wallmann nicht lernt, den Weg der Wahrheit und die Achtung der ehrlichen Leute zu gewinnen, so werden alle seine Anstrengungen ihn vor dem Untergange nicht retten.
Berlin, den 14. Oktober 1871.

H. J. Dünwald,

General-Bevollmächtigter der Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheit. heilt brieflich, gründl. u. schnell Spezialarzt Dr. Meyer, Kgl. Oberarzt, Berlin, Lehnstr. 91.



Bollblut-Stammheerde Gallau,

Tochterheerde aus Saatel.

4. Auktion

über 42 springfähige Merino-

Rammwoll-Böcke

am 15. Dec. 1871

Mittags 12 Uhr.

Bei den landwirthschaftl.

Ausstellungen zu Marienwer-

der 1867, Bromberg 1868,

Königsberg 1869 wurden der

Heerde die ersten Preise zu-

ertheilt.

Gallau b. Freistadt W.-Pr.

Otto Schütze.

Baschliks

für Damen und Kinder

in größter Auswahl em-

pfiehlt auffallend billig

Louis Levy,

Friedrichstraße vis-à-vis der Postuhr

Ballfächer

billigt bei

Gebr. Korach,

Markt 40

Corsetts

in größter Auswahl, von 10 Sgr. an, empfiehlt

F. Hampel,

Breitestr. 13b.

Das Etablissement des Herrn H. Kolesch hier ist auf uns übergegangen, und war die Fabrikation feuerfester Geldspinde eine Spezialität desselben, welche weit und breit sich eines großen Rufes erfreute. Auch wir werden dieser Fabrikation unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden und haben zu diesem Zwecke die Meister und Arbeiter des Herrn H. Kolesch für uns gewonnen; wir sind somit im Stande die eisernen Geldspinde in derselben Güte und Eleganz, wie Herr Kolesch sie bisher lieferte, auch für die Folge herzustellen, und wird es uns bald möglich sein, ein größeres Lager von diesem vorzüglichen Fabrikate zu halten. Einzelne Exemplare stehen zur Ansicht resp. Verkauf in unserm Lokale: Schweizerhof.

Stettin, den 28. November 1871.

Stettiner Eisenbahnbedarf- und Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Arthursberg“

Jugendschriften-Weihnachts-Ausverkauf.
Durch eine Reihe ungünstiger Geschäftsjahre hat sich bei mir eine so große Menge von Jugend- und Kinderschriften älteren und neueren Datums angesammelt, daß ich mich veranlaßt sehe, einen großen Theil meines Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Man findet in Folge dessen bei mir für jedes Alter und Geschlecht außer **sämmtlichen Novitäten dieses Jahres** auch eine sehr große Anzahl neuerer und älterer Jugendschriften zu **bedeutend ermäßigten Preisen** und in so großer Auswahl, daß alle irgend billigen Wünsche und Ansprüche leicht Befriedigung finden.
Louis Türk, Wilhelmsplatz 4.

Verlag von Otto Spamer in Leipzig.
NEU. Das Buch der schönsten Kinder- und Volksmärchen, Sagen und Schwänke. Herausgegeben von Ernst Lausch. Mit 48 Text-Illustrationen, sieben Holzschnitten und einem Buntbilde. Gehftet 20 Sgr. Elegant kartonnirt 25 Sgr.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes. In Posen zu haben bei
Ernst Rohfeld, Wilhelmsplatz 1.
(Hotel de Rome.)

Eine neue Sendung div. angefangener und fertiger Stickereien empfiehlt zu billigen Preisen
M. Zülzer,
Hotel de Saxe 15.

Petersburger Gummischuhe
für Herren, Damen und Kinder empfiehlt billigst
Louis Levy,
Friedrichstraße vis-à-vis der Postuhr.

Leierkasten
billigt bei
Gebr. Korach,
Markt 40.
Ein gut erhaltener Wagen, noch wenig gebraucht, steht für den festen Preis von 60 Thlr zum Verkauf. Ebenso ist ein ganz gedachter Wagen derzeit zu vermieten bei
C. Goławiecki,
Gr. Gerberstr. 50.
Ein Doppelpunt wird zu kaufen gesucht
Jesuitenstr. 5-6.

Ziegelei-Verkauf.

Eine an der Warthe unmittelbar an der Stadt Posen belegene Ziegelei ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Die Ziegelei liefert notorisch ein vorzügliches Fabrikat, besitzt eine große Produktion, welche noch bedeutend gesteigert werden kann. Näheres zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Was die Direction der

Machener

und

Münchener Gesellschaft

von der Brandschaden-Angelegenheit auf dem Dominium Bernsdorf weiß, darüber ist bei allen ihren Agenten Auskunft zu finden. Dies zur Antwort auf die betreffenden Anfragen.

Wir bringen hiermit ergebenst zur Kenntniß, daß wir in **Wongrowitz eine Agentur** unseres Producten- und Commissions-Geschäftes errichtet und

Herrn Siegmund v. Taszarski daselbst mit deren Leitung betraut haben.

Bniński Chłapowski Plater & Co.

Notiz für Inserenten.

Die „Neue Börsenzeitung“ erfüllt alle Bedingungen eines guten Insertionsorgans:

schon bei ihrer 14. Nummer erscheint sie in einer

Auflage von **7500** und ist in **rapider Steige-**

run begriffen,

sie kommt nur in die Hände reicher und wohl-

habender Leute, da sie fast ausschliesslich von

Rentiers und Kapitalisten, begüterten

Offizieren und Beamten gehalten wird,

ihre Anzeigen werden demnach **vielfach** und von Leuten

gelesen, die **zugleich Interesse und Geld** für die an-

geborenen Artikel haben.

Wir empfehlen demnach die „Neue Börsenzeitung“ zu **Publikationen jeder Art.**

Berlin, Dezember 1871.

Haasenstein & Vogler

Annoncenregie der „Berliner Wespen“.



O.-S. Steinkohlen und Gogoliner Kalk
empfiehlt zu zeitgemäß billigen Preisen

M. Kirstein, Kattowitz O.-S.

Den Herren Brennereibesitzern empfiehlt wegen der

diesjährigen Kartoffelmisgernte

echt Ungarischen Mais

zu mäßigen Preisen

Die Bank für Landwirthschaft und Industrie

Kwilecki, Potocki & Co.

Breslauerstr. 22 a. d. Bergstr.

R. Hayn.

Breslauerstr. 22 a. d. Bergstr.

Weihnachts-Ausverkauf

von Schreib- und Journalmappen, Schultaschen von Leder, Cloth, Plüsch und Sechund, Schreib- und Photographie-Alben, Portemonnaies, Cigarren- und Brieftaschen, Reisekoffer, Brillenfutterale, Bistienkartertäschchen, Garderoben- und Schlafkoffer, Spielen und div. Bijouterie-Artikeln, sowie alle Sorten Schreib- und Zeichenutensilien.

Der beste und kürzeste Weg zur sichern Heilung

von Kranken u. Leidenden sende ich auf portofreies Verlangen franco u. unentgeltlich den Gratif- Auszug der neu erschienenen 27. Auf-

lage der segensreichen Broschüre: „Die einzig wahre Naturheilskraft, oder: Sichere Hilfe für inner- u. äußerlich Kranke jeder Art auch gegen alle Geschlechtskrankheiten.“
Gustav Hermann in Braunschweig.

Strasburger Gänse-

Leber-Pasteten in

Terrinen verschiedener

Größe empfiehlt

A. Kunkel jun.

Ein Restaurationslocal nebst Gemüde- u. Obstgarten ist von Neujahr ab in **Przedadek** hier zu haben.

Schöne, neue, gesunde, saftige Citronen, pro 100 von 12½ Thlr. an, sowie schönste süße Meß-, Apfelsinen, Tyroler Rosmarin-Käse und Birnen empfiehlt **Meischke.**

Frische Kieler Speckbücklinge,

Male und Goldbutten empf.

die Seefischhandlung von

E. Schmidt,

Breslauerstr. 60.

F. Fromm,

Friedrichstraße Nr. 36.

Chloralum.

Das neue englische Desinfektionsmittel, unerschöpflich, (unerschöpflich) und geruchlos ist ein äußerst wirksames Schuttmittel, aus organischen Stoffen gewonnen und wird dem Publikum und Gemeindevorständen empfohlen für radikale Desinfizierung von Latrinen und Schilngruben, Rinnsteinen u. Cloaken, Ställen und Schlachthäusern, überhaupt zur Reinigung der Luft in allen Orten, wo animalische Ausdünstungen und in Fäulnis übergehende Stoffe die Atmosphäre verpesten und dadurch den Ursprung für Fieber und Ansteckung bilden, zur Desinfizierung von Krankenzimmern in Spitälern, sowie von durch Kranke infizierten Kleidungsstücken.

Seitens der britischen Regierung wurde das Chloralum adoptirt und in allen Spitälern und öffentlichen Anstalten angewandt.

Chloralum ist ein neues Mittel in der Heilkunde und ein antiseptisches Astringent, welches in London in medizinischen und chirurgischen Vorschriften seine Anwendung findet, hauptsächlich bei unreinen Geschwüren, Entzündungen (Brand), zum Gurgeln bei Scharlachfieber, Diphtheritis und gewöhnlichen Halsleiden; sowie bei vielen innerlichen Störungen. Auch wurde es unerschöpflich gefunden bei Augenentzündungen u.

Chloralum ist unbedingt das beste Schuttmittel gegen die Cholera, den Typhus, die Kinderblattern, den Rothlauf, den Spitalbrand u., überhaupt gegen jegliche Ansteckung.

Chloralum, mit 150 Theilen Wasser verdünnt und damit das Erdreich begossen, vermehrt dessen Fruchtbarkeit in ausgiebigster Weise. Preis per 1/2 Kiste 15 Sgr. per 1/2 Kiste 7 1/2 Sgr. Bei contractlichen Lieferungen größerer Quantitäten ganz bedeutende Preisermäßigung.

The Chloralum Company,
Great Winchester Street
Buildings,
London E. C.

General Agenten für Deutschland, Oesterreich, Holland und die Schweiz, die Hrn. A. & M. Zimmermann, 7 sen. Court E. C. London und 1 Cortinastraße 63 in a. Rh.

Unsere geehrten Kunden, welche

Fotografien zu Festgeschenken

bestimmt haben, werden hierdurch ergebenst ersucht, deren Aufnahme, im Interesse rechtzeitiger Vollendung, möglichst bald veranlassen zu wollen.

A. & F. Zeuschner, Hoffotografen,

Wilhelmstraße Nr. 25.

Effectvolle Festgeschenke

Bilder in Golddruck

in eleganten Goldrahmen,

Kupferstiche und Kunstblätter

in größter Auswahl,

Portraits des Kaisers, Kronprinzen etc.

Ernst Rehfeld's Buch- u. Kunsthandl.,

Wilhelmplatz 1. (Hotel de Rome)



A. Was kostet von 1872 an 1 Meter wenn die Elle 2 Sgr. kostet?
Was kostet 1 Elle, wenn das Quart 5 Sgr. kostet?
Was kostet 1 Kubikmeter, wenn die Kiste 3 Thaler kostet?
B. Kauf Dir bei **Louis Türk**, Wilhelmplatz Nr. 4, Schmitt's Buchhandlung oder 15 Tabellen über die neuen Maße u. d. Gew. Preis 5 Sgr., franco 5 1/2 Sgr., größere Ausgabe 7 1/2 Sgr., fr. 8 Sgr., und sollst das Schreckenswort der neuen Maße und Gewichte.

Prämien-Anleihen und Loospapiere

jeder Art billigst zu beziehen durch

das **Lotterie-Comtoir**

Siegmund Sachs, Posen, Markt 87.

Eine Wohnung

Im Preise von 300 - 350 Thlr. w. d. von Neujahr ab gesucht. Näheres in der Buchhandlung **H. Leitgeber & Comp.**

Eine feine möbl. Stube vorne raus ist sofort oder zum 15. d. M. zu vermieten. Br. Nr. 3. 1 Trepp.

Ein eleg. möbl. Zimmer für 1 oder auch 2 Herren Schuppenstraße 22.

So eben traf wieder ein:

Blume, Major im Großen

Die Operationen der deutschen

Heere nach Sedan bis Ende des

Krieges.

Mit Uebersichtskarte und Beilagen.

Preis 1 1/2 Thlr.

Ernst Rehfeld's Buchhandl.

Wilh. platz 1.

Beisowski, der kleine Kinder-

erzieher ist das

billigste Buch

für den Weihnachtstisch. Es kostet

nur 5 Sgr. Es wird den Eltern

sehr empfohlen.

D. R.

Bu der am 11. Januar 1872 statt-

findenden Ziehung der

Cöln's Dombau-Lotterie

und Loose à 1 Thlr. und zu der 1/2

Wilhelm-Lotterie 1/2 a 2 Thlr. 1/2 a

1 Thlr. in der Exped. der Posen's

Zeitung zu haben.

Am 13. d. beginnt die Ziehung der

Geldlotterie, 3 Serie, Loose hierzu

sind vorräthig bei dem Königl. Lot-

terie-Direktor. **Pulvermacher**

Gewandte

Schriftseher

finden sofort Engagement bei

W. Decker & Co.

Posen.

Ein Lehrling

mit den nöthigen Schulleistungen u. kann

sobald eintreten in die

Buch-, Kunst- und Antiquar-

Handlung

J. Lissner,

Wilhelmplatz Nr. 6.

Vom 1. Januar 1872 suche ich

einen Lehrling, mit guten Schul-

kenntnissen. Sohn anständiger Eltern.

G. H. Michaelis

in Berlin, Oranienburgerstr. 5.

Alle Sorten Dienstboten sind zu je-

der Zeit zu haben, ebenso eine Anzahl

von 6 Monaten.

Miethehaus Geinge, Schwarzr. Adler.

Ein Primarier wünscht Unterricht zu

ertheilen. Näb. bei Frau Schott, Do-

minikaner- u. Judenstraßen Nr. 31.

Eingang Dominkanerstr. 1. Stod.

Ein herrschaftl. Kutscher mit hohem

Lohn findet eine gute Stelle durch

das Bureau der Frau

B. Anders,

Breslauerstr. 19.

Ein katholischer Hauslehrer sucht

eine Hauslehrerstelle. Näb. zu erst. in

der Exped. d. Bl.

Ein Seminarist, der läng. Zeit als

Lehrer fung. u. gute Zeugnisse hat

sucht eine Stelle als Hauslehrer od.

Stellvert. Hies. wö. sich gefäll. wend.

an **H. Post** in Gersdorf. P. Bülow

Regierungs-Sekretär **Mosler** und

Fran.

Gestern Abend 1/9 Uhr verloren

wir durch den unbilligen Tod unsere

unvergessliche, innig geliebte Mutter,

Schwäger- und Großmutter, **Leopold**

dine Gindemith geb. v. Steinwörb.

Troßlos widmet diese Anzeige allen

Freunden und Bekannten die

tieferbetrübte Tochter,

im Namen ihres in Frankreich

h. find. Mannes, sowie der ab-

wesenden Geschwister,

Leopoldine Ohmann.

Die Beerdigung findet Donnerstag

Nachm. 3 U. von Berlinerstr. 25 statt.

Auswärtige Familien-

Nachrichten.

Verlobungen. Fr. Marie Siebelt

in Hermsdorf mit dem Kaufmann A.

Praschke in Berlin. Fr. Auguste

Pulvermacher in Züllo mit Posen mit

dem Kaufmann Leop. Herrmann in

Berlin. Fr. Louise Noack mit dem

Kaufmann Paul Kobacher in Frank-

furt a. O. Fr. Anna Münster in

Leipzig mit Hrn. Theodor Blende in

Berlin. Fr. Hedwig Bando mit dem

Oberförster Kandidaten Oscar Arm-

erster in Göttingen. Fr. Margarethe von

Herberg in Danzig mit dem Premier-

Leutnant Oscar Kern in Hannover.

Fr. Helene v. Sperling mit dem Major

v. Lewinski in Dresden. Fr. Eva von

Muschwitz mit dem Leutnant Anton

v. Ziegeler in Koburg.

Verbindungen. Fr. Leutnant

Erwin Humann mit Fr. Eina Oden-

dorff in Göttingen, Hauptmann Georg

Edler mit Fr. Helene Noack in Breslau.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 5. Dezember: **Martha**

oder **Der Markt von Richmond**

Große Oper in 4 Abtheilungen, theil-

weise nach einem Plane von St. O.

geb. von W. Friedrich. Musik von

Flotow.

Lady Harriet Durham, Ehrenfräulein

der Königin: Fr. Barisch.

Mittwoch bleibt die Bühne geschlossen

wegen der nöthigen Proben v. **Platan**

von Kirchfeld.

Donnerstag. Auf Verlangen; **Die**

Weisse Dame.

Freitag. **Störenfried.**

In Vorbereitung: Der Pfarrer von

Kirchfeld. Großes Volksstück mit

4 Akten von E. Gruber. Musik

von Kapellmeister Adolph Müller

senior: Das Testament eines Sonder-

lings. Lustspiel in 5 Akten von Chas-

les-Bischoff.

Emil Tauber's

Volksgarten-Theater.

Dienstag, den 5. Dezember. **Die**

Feuer in der Mädchenschule.

Die Affen des Fürstentums.

Die Direction.

Restaurant.

Mein Wirkungskreis als Restaurateur

ist nunmehr von der Bräuner-

straße nach der Seitenstraße, Nr. 11

in das normale Anb. f. Lokal ver-

legt worden.

Die Eröffnung desselben findet am

Mittwoch den 6. d. M.

statt.

Einem hochgeehrten Publikum er-

laube ich mir dies ergebenst anzuzei-

gen und die Bitte hinzuzufügen, mich

zahlreichem Besuche beehren zu wollen.

Für gute Speisen und Getränke zu

sorgen, wird stets mein größtes Be-

streben sein.

Posen den 4. Dezember 1871.

Volkmann,

Restaurateur.

Felsen-Keller.

Heute Abend Ciseleine bei

J. J. Hoffmann.

Börsen-Telegramme.

Ritgetheilt vom Lotterie-Comtoir Siegmund Sachs, Posen Markt 87.)

Kündigungen und Verlosungen.

Venetianer 30-Fr.-Loose von 1869. Verlosung vom 30. Novbr. 1871.

Gezogene Serien:

Ser. 14,475-6641.

Serie No.	à Frs.	Serie No.	à Frs.	Serie No.	à Frs.	Serie No.	à Frs.
14475	8	10000	6641	2	100	14475	2
6641	7	2000	14475	10	100	11	50
6641	17	500	9	100	14	50	9
6641	8	500	1	100	19	50	10
14475	23	500	6641	18	100	3	50
6641	5	100	14475	25	50	22	50
6641	7	100	6	50	15	50	11
14475	18	100	21	50	20	50	5
6641	13	100	16	50	12	50	13
6641	3	100	4	50	17	50	20

Alle übrigen zu diesen zwei gezogenen Serien gehörenden Obligationen

sind mit je 30 Francs rückzahlbar.

Ausbezahlte 40 Thlr.-Loose. Bei der am 1. Dezember c. stattge-

habten Ziehung wurden folgende 60 Serien gezogen: 42 600 643 705 728

1199 1279 1369 1381 1671 1737 1747 2032 2038 2066 2107 2211

2218 2258 2480 2512 2632 2650 2830 3090 3355 3532 3612 3669 3751

3753 3938 4013 4104 4188 4227 4270 4359 4397 4485 4612 4661 4743

4824 4865 4948 5019 5243 5316 5623 5625 5685 5714 5772 5828 6116

6249 6302 6388.

Börse zu Posen

am 5. Dezbr. 1871.

Bonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 91 1/2 B. 9 1/2 Bz. do. Rentenbriefe 92 1/2 B. do. 5% Kreisoblig. 98 1/2 B. do. 4% Kreisoblig. 92 B. do. 5% Stadtoblig. 98 1/2 B. poln. Banknoten —, Ruma-

[Amst. Börsen.] Roggen. pr. Dezbr. 5 1/2, Dezbr. 1871-Jan.

1872 5 1/2, Jan.-Febr. 5 1/2, Frühjahr 5 1/2.

Getreide (mit Rogg.) pr. Dezbr. 20 1/2, Jan. 1872 20 1/2, Febr. 20 1/2,

März 20 1/2, Mai 21, April-Mai im Verbaude 20 1/2.

[Privatbericht.] **Getreide** leichter Markt. Roggen zu feiner.

pr. Dezbr. 5 1/2 - 1/2 Bz. u. G., Dezbr.-Jan. do., Jan.-Febr. 5 1/2 Bz. u. G., Früh-

jahr 5 1/2 - 5 1/2 Bz. u. G., April-Mai 5 1/2 Bz. u. G., 5 1/2 Bz. u. G., Mai-Juni 5 1/2

Bz. u. G., Juni-Juli 5 1/2 Bz. u. G., 5 1/2 Bz. u. G.

Getreide feiner pr. Dezbr. 20 1/2 - 1/2 Bz. u. G., Jan. 2 1/2 Bz. u. G.,

Febr. do., März 20 1/2 - 1/2 Bz. u. G., April-Mai 20 1/2 - 1/2 Bz. u. G., Mai

21 Bz. u. G., Juni 21 1/2 Bz. u. G., 21 1/2 Bz. u. G.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Dezbr. Wind: SW. Barometer: 27 1/2. Thermometer: 10 +.

Witterung: Schnee. — Im Vergleich zu vorgestern war die Stimmung für

Roggen an hiesigem Markte ziemlich fest. Entfernte Sichten sind besonders

beliebt gewesen und die Käufer haben den festen allmählich auch etwas gehei-

gerter Forderungen nachgeben müssen. Nahe Zukunft folgte, wenn auch

widerstrebender, der Witterung; der Markt auf Termine gelangte zu lei-

 ter Ausdehnung. Im Effektenmarkt ist es hingegen still, es gelangen nur || wenige Abschlüsse zu unveränderten Preisen. April-Mai Roggen ist nur 5 1/2 |
| - 5 1/2 bezahlt worden. Geländigt 9000 Ctr. Rindungungspreis 56 Rtr. pr. |
| 1000 Kilogr. — Roggenmehl feiner. — Weizen wenig beliebt, doch eine |
| Kleinigkeit fester. Geländigt 3000 Ctr. Rindungungspreis 79 1/2 Rtr. pr. 1000 |
| Kilogr. — Hafer loco unverändert. Termine behauptet. — Rüböl recht |
| flau und besonders nahe Sichten vernachlässigt und niedriger. Geländigt |
| 1000 Ctr. Rindungungspreis 27 1/2 Rtr. pr. 100 Kilogr. — Petroleum. |
| Geländigt 4625 Ctr. Rindungungspreis 12 1/2 Rtr. pr. 100 Kilogr. — Spiritus |
| zu anliegenden Preisen gehandelt; Verkaufsloft genügt kaum der Nach- |
| frage. — Weizen loco pr. 1000 Kilogr. 68 - 85 Rtr. nach Qual., weiß. poln. |
| 78 - 80 Rtr. Bz., gelb 78 - 80 Bz., gelber per diesen Monat 79 1/2 - 79 1/2 Bz., |
| Jan. — April-Mai 79 1/2 Bz., Mai-Juni 79 1/2 Bz. — Roggen loco pr. |
| 1000 Kilogr. 64 - 68 Rtr. nach Qual. gef., 55 - 57 1/2 Bz., per diesen Monat 55 1/2 |
| - 56 Bz., Dez.-Jan. 55 1/2 - 56 1/2 Bz., Febr.-März —, April-Mai 55 1/2 - 56 1/2 Bz., |
| Mai-Juni 56 1/2 - 56 1/2 Bz. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. große und |
| kleine 48 - 60 Rtr. nach Qual. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 41 - 50 Rtr. nach |
| Qual., per diesen Monat 45 Bz., 45 Bz., April-Mai 46 Bz., Mai-Juni 46 1/2 Bz. |
| — Erbsen pr. 1000 Kilogr. Roggenmehl 55 - 60 Rtr. nach Qual., Futterware |
| 50 - 53 Rtr. nach Qual. — Raps pr. 1000 Kilogr. 108 - 120 Rtr. — Rüben |</